


135. Sitzung, Dienstag, 5. März 2002, 16.30 Uhr

 Vorsitz: *Martin Bornhauser (SP, Uster)*
Verhandlungsgegenstände
1. Mitteilungen
7. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2002

 Antrag des Regierungsrates vom 12. September 2001,
 die Nachträge vom 19. Dezember 2001 und geänder-
 ter Antrag der Finanzkommission vom 7. Februar

 2002, **3889a**..... Seite 11340

Verschiedenes

– Fraktions- oder persönliche Erklärungen

- *Persönliche Erklärung Hans-Peter Portmann
zur Budgetdebatte* Seite 11358

Geschäftsordnung
Ratspräsident Martin Bornhauser: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Keine Mitteilungen.

7. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2002

Antrag des Regierungsrates vom 12. September 2001, die Nachträge vom 19. Dezember 2001 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 7. Februar 2002, **3889a**

Fortsetzung der Beratungen

Ratspräsident Martin Bornhauser: Wir stecken mitten in der Budgetberatung. Wir haben bereits die Direktion für Justiz und Inneres durchberaten. Den weiteren Verlauf der Beratungen sehe ich wie folgt vor: Nach Absprache mit den Regierungsräten beginnen wir mit der Gesundheitsdirektion. Dann folgen die Direktion für Soziales und Sicherheit und die Volkswirtschaftsdirektion. Die Baudirektion werden wir erst am nächsten Montag beraten.

27 Gesundheitsdirektion

Konto 2700, Generalsekretariat

Konto 2701, Tierseuchenfonds

Konto 2709, Kantonale Heilmittelkontrolle

Konto 2710, Kantonsapotheke

Konto 2711, Kantonales Laboratorium

Konto 2712, Zentralwäscherei Zürich

Konto 2721, Universitätsspital Zürich (Globalbudget)

Konto 2722, Kantonsspital Winterthur (Globalbudget)

Konto 2730, Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (Globalbudget)

Konto 2732, Patientinnen und Patienten in nichtstaatlichen psychiatrischen Kliniken

Konto 2733, Psychiatrische Klinik Rheinau

Konto 2734, Integrierte Psychiatrie Winterthur

Konto 2735, Psychiatriezentrum Hard (Globalbudget)

Konto 2736, Klinik Sonnenbühl Brütten

Konto 2737, Kinderpsychiatrischer Dienst (Globalbudget)

Konto 2750, Veterinäramt

Konto 2799, Zentralstelle für Lohnnachzahlungen für Berufe im Gesundheitswesen (Globalbudget)

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Abschreibung der Leistungsmotion der KSSG betreffend Hebammenschule, KR-Nr. 43/2001

Ratspräsident Martin Bornhauser: Der Kantonsrat hat die Leistungsmotion am 26. März 2001 an den Regierungsrat überwiesen.

Jürg Leuthold (SVP, Aeugst a. A.), Präsident der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG): Die KSSG hat mit ihrer Leistungsmotion verlangt, dass die finanziellen Folgen einer Reduktion beziehungsweise Schliessung des Schulbetriebs der Hebammenschule am Universitätsspital Zürich zu berechnen sind.

In seinem Bericht zur Leistungsmotion legt der Regierungsrat dar, dass die Hebammenschule am Universitätsspital belassen, der Aufnahmeerhythmus auf zwölf Monate und die Schülerinnenzahl auf mindestens 18 Lernende pro Klasse festgelegt werden soll.

Mit dieser Lösung kann der Bedarf des Kantons Zürich an Ausbildungsplätzen für die verkürzte Hebammenausbildung gesichert werden. Der Bedarf an Praktikumsplätzen wird dadurch entschärft. Die Kosten der Hebammenschule werden gesenkt.

Gestützt auf diese Erwägungen schliesst sich die Kommissionsmehrheit dem Antrag des Regierungsrates an und stimmt der Abschreibung der Leistungsmotion mit 14 : 1 Stimme zu.

Christoph Schürch (SP, Winterthur): Ich habe in der KSSG der Abschreibung dieser Leistungsmotion nicht zugestimmt, weil ich mit der Art und Weise, wie die Gesundheitsdirektion mit der Hebammenschule und den verschiedenen Vorstössen dazu umgegangen ist, nicht einverstanden bin. Dieses Thema ist aber während der Budgetdebatte nicht so prioritär. Ich werde im Rahmen der Diskussion über das dringliche Postulat zur Hebammenschule auf die Thematik zurückkommen.

Inhaltlich sind wir zwar nicht glücklich, dass nur noch ein Kurs pro Jahr an der Hebammenschule geführt wird, wir freuen uns aber, dass die Hebammenschule in Zürich immerhin erhalten bleibt. Ob sich das neue Konzept bewähren wird, wird die Zukunft weisen.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt mit 96 : 0 Stimmen der Abschreibung der Leistungsmotion KR-Nr. 43/2001 zu.

23 Direktion für Soziales und Sicherheit

Konto 2300, Generalsekretariat (Globalbudget)

Antrag der KJS und der Finanzkommission Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung: Verbesserung Fr. 1'000'000 (Die Reduktion um 1 Mio. Franken hat beim Aufwand zu erfolgen.)

Marco Ruggli (SP, Zürich), Präsident der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS): Der erste Budgetposten dieser Direktion ist etwas problematisch. Deshalb ersuche ich Sie um erhöhte Aufmerksamkeit.

Als Präsident der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit bin ich gehalten, die Mehrheit zu vertreten. Das mache ich auch. Ich empfehle Ihnen, dieses Globalbudget um eine Million Franken zu kürzen.

Gerne würde ich Ihnen eine Begründung nachliefern, was mir leider nicht möglich ist. Eine solche ist auch in der Kommission nicht genannt worden. Ersatzweise lege ich Ihnen dar, wie es in der Kommission zu diesem Mehrheitsbeschluss gekommen ist. Sie können dann selber entscheiden, ob Sie diese Kürzung gut finden. Es ist allerdings kein Minderheitsantrag gestellt worden. Wer anderer Meinung ist, müsste dann einen Antrag stellen. Weil sich die Finanzkommission unbesehen der KJS angeschlossen hat, würde dem noch die Ausgabenbremse entgegenstehen.

Wie ist es zu diesem Kürzungsantrag gekommen? Zu Beginn war der Antrag von Peter Good um eine Aufwandkürzung von 10 Prozent. Aus mir nicht erfindlichen Gründen wollte sich die FDP diesem linearen Kürzungsantrag anschliessen – allerdings nicht als linearer Antrag – und hat die SVP gebeten, eine runde Zahl daraus zu machen statt einer Prozentangabe. So kamen wir auf diese Million. Die zwei genannten Parteien zusammen haben dann die Mehrheit gebildet. So

ist dieser Beschluss zu Stande gekommen. Ob das Verhalten der FDP, wie gestern gesagt worden ist, statt gegen die Sache gegen die Frau gerichtet war, kann ich nicht sagen.

Meines Erachtens sind 10 Prozent Einsparungen ohne Leistungskürzung praktisch in keinem Haushalt möglich. Vor allem beim Generalsekretariat, das viele Durchlaufposten hat, muss man wohl mit einem Nachtragskredit rechnen, wenn wir dem Antrag zustimmen. Der Entscheid ist aber Ihnen überlassen.

Alfred Heer (SVP, Zürich): Marco Ruggli hat viel vorweggenommen. Wir haben gestern eine Reihe Anträge gestellt, so genannte Kürzungsanträge beim Departement von Regierungsrat Markus Notter. Balz Hösly hat uns ziemlich massiv «abgeputzt». Auch Marco Ruggli hat mich immer gebeten, eine Begründung zu geben.

Ich stelle fest, dass dies ein konsequenter Sparantrag der SVP war, wie ihn die SVP in der Kommission gestellt hat, also bei Regierungsrat Markus Notter und Regierungsrätin Rita Fuhrer. Eigenartigerweise ist seitens der SP kein Minderheitsantrag gestellt worden. Auch die FDP hat unserem Streichungsantrag ohne Begründung zugestimmt. Dieses Beispiel beim Generalsekretariat zeigt eindeutig die inkonsequente Haltung der FDP. Vielleicht geht es ihr um eine persönliche Abrechnung gegenüber Regierungsrätin Rita Fuhrer. Eine Begründung, wieso man hier streichen kann, haben auch Sie nicht geliefert, Regula Thalmann. Wir haben auch keine Begründung geliefert. Unsere Begründung war die konsequente Sparpolitik und der Sparauftrag an die Regierung. Ich möchte jetzt von der FDP und der SP wissen, wieso sie diesem Antrag zugestimmt haben.

Ernst Jud (FDP, Hedingen): Die Ausführungen des Sachkommissionspräsidenten scheinen mir wie ein Wollknäuel, mit dem die Katze einen Tag lang gespielt hat: ein richtiges Durcheinander.

Die Äusserungen von Alfred Heer sind auch paradox, wenn man sonst überall 5 bis 20 Prozent kürzen will und jetzt plötzlich nicht mehr.

Die Kürzung bei diesem Globalbudget entstammt einer Mehrheit der Sachkommission. Die Finanzkommission hat die Kürzung in der Annahme übernommen, dass sie in der Sachkommission gründlich abgeklärt worden ist. Aus diesem Grund ist die Finanzkommission dafür. Aus dem gleichen Grund wird auch die FDP-Fraktion für die Kürzung stimmen.

Peter Good (SVP, Bauma): Ursprünglich habe ich in der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit folgenden Kürzungsantrag gestellt: Der Gesamtaufwand des Generalsekretariats, des Strassenverkehrsamtes, des Migrationsamtes, des Amtes für Militär und Zivilschutz sowie der Statthalterämter sei um 5 Prozent zu kürzen. Mir ist es darum gegangen, den Gesamtaufwand dieser fünf Budgets nach unten zu korrigieren und nicht am einzelnen Budget den Hebel anzusetzen. Damit hätte ich es der Direktion überlassen, bei einem Budget zum Beispiel 2 Prozent zu kürzen, bei einem anderen dafür 8 Prozent. Dadurch hätte die Direktion die Möglichkeit gehabt, dort zu korrigieren, wo es ihrer Ansicht nach am ehesten möglich scheint. Ein solches Vorgehen hätte aus unserer Sicht Sinn gemacht, weil die Verwaltung einen grossen Wissensvorsprung gegenüber dem Parlament hat. Aus demselben Grund hat die SVP in dieser Legislatur verschiedene Vorstösse eingereicht, welche verlangt haben, die Regierung möge aufzeigen, wo sie am ehesten Einsparungspotenzial ortet. Bekanntlich sind unsere diesbezüglichen Bemühungen stets auf taube Ohren gestossen. Wir sind aber nach wie vor der Meinung, Budgetkürzungen auf einer solchen Basis der Kooperation zwischen Regierung und Parlament wären nicht nur sinnvoll, sie würden sich vermutlich auch durch ein hohes Mass an Seriosität auszeichnen, weil Aspekte aus Sicht der Verwaltung berücksichtigt werden könnten, welche uns Parlamentariern nicht ohne weiteres bekannt sind und schon gar nicht, wenn wir es mit Globalbudgets zu tun haben, die sich bekanntlich vor allem durch Intransparenz auszeichnen. Leider ist uns von Seiten der Regierung mitgeteilt worden, ein Vorgehen, wie eben beschrieben und wie ich es in der Budgetdiskussion in unserer Kommission beantragt habe, sei nicht zulässig. Deshalb ist mir nichts anderes übrig geblieben als mit der zugegebenermassen nur zweitbesten Möglichkeit, nämlich der prozentualen Kürzung pro Budget zu operieren.

Vor diesem nun geschilderten Hintergrund verzichte ich deshalb darauf, jeden der fünf Kürzungsanträge nochmals separat zu kommentieren. Der Aufwand in der Direktion für Soziales und Sicherheit ist gegenüber dem letzten Budget gestiegen, allerdings – das darf hier auch festgestellt werden – nicht so exorbitant wie zum Teil in anderen Direktionen. Dies zu korrigieren, ist unser Ziel beziehungsweise muss unser Ziel sein, wenn wir für uns in Anspruch nehmen wollen, verantwortungsvoll mit Steuergeldern umzugehen.

Ich bitte Sie deshalb, unseren fünf Kürzungsanträgen, zwei davon sind Kommissionsmehrheitsanträge und drei sind SVP-Minderheitsanträge, zuzustimmen.

Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden): Wir haben die linearen, unbegründeten Kürzungsvorschläge der SVP gestern nicht unterstützt. Wir werden sie auch heute nicht unterstützen, unabhängig davon, ob sie in der Direktion von Regierungsrätin Rita Fuhrer stattfinden oder wo auch immer. Sie sind für uns unseriös, gefährlich und nicht zu verantworten. Wir sparen dort, wo ein Sparpotenzial vorhanden ist und wo wir die Konsequenzen mittragen und verantworten können. Wir haben auch ein gewisses Vertrauen zu den Direktionen und den Chefbeamten der verschiedenen Direktionen, wie das Daniel Vischer gestern gesagt hat. Es wäre schön, wenn Sie diese Eigenschaft auch ein wenig hätten.

Wir bitten Sie, all die linearen Kürzungsvorschläge nicht zu unterstützen.

Alfred Heer (SVP, Zürich): Susanne Rihs, Sie haben in der Kommission auch keinen Minderheitsantrag gestellt. Ich attestiere Ihnen aber, dass Sie wenigstens konsequent in Ihrer Haltung sind, die Sie gestern vertreten haben, auch wenn Sie jetzt eine 180-Grad-Wendung gemacht haben.

Ernst Jud, Ihr Argument ist sehr schwach. Ich habe Sie gefragt, wieso die FDP diesen linearen Antrag – es handelt sich um eine Kürzung von 10 Prozent – akzeptiert und wieso Sie gestern die lineare Kürzung von 5 Prozent bei den Strafverfolgungsbehörden, welche massiv weniger war, nicht unterstützt haben. Ich will jetzt von Ihnen, Regula Thalmann oder Helga Zopfi, als Mitglied dieser Kommission die Begründung hören, die Sie von uns gestern immer verlangt haben, Balz Hösly. Geben Sie uns jetzt bitte die Begründung oder stimmen Sie zu. Seien Sie wenigstens konsequent und ehrlich.

Balz Hösly (FDP, Zürich): Das richtige Argument für Sie, Alfred Heer, wäre, dass wir jeweils mit unseren Regierungsräten absprechen, was wir in den Direktionen kürzen, denen unsere Regierungsräte vorstehen. Wenn das die SVP als Antrag einbringt, dann unterstützen wir ihn gerne. Das ist offenbar bei Ihnen nicht so, wie bei Ihnen noch vieles anders ist als bei uns. Das haben wir unterdessen alle gemerkt.

Ich mache jetzt aber weder die FDP noch mich selbst lächerlich mit Ihren Anträgen. Wir verzichten auf die Unterstützung dieses Antrags, weil es eine lineare Kürzung ist.

Erika Ziltener (SP, Zürich): Peter Good, Sie waren gestern nicht da, aber die Eintretensdebatte war gestern.

Alfred Heer, in der Finanzkommission gibt es auch einen Teil Mitglieder, der selbstverständlich gewusst hat, dass auch dieser Antrag wieder nicht überlegt ist. Anscheinend ist es uns passiert, dass wir der Meinung waren, die KJS hätte den Minderheitsantrag nicht gestellt. Deshalb haben wir ihn nicht gestellt.

Selbstverständlich unterstützen wir diese Kürzung nicht. Wir haben keinen Antrag gestellt, weil ein Stück Resignation dabei war, da wir mit keinem Argument jemals durchgekommen sind. Das habe ich Ihnen auch schon gestern gesagt.

Susanne Bernasconi-Aeppli (FDP, Zürich), Präsidentin der Finanzkommission: Diese Budgetdebatte scheint mir eine Budgetdebatte der Experimente zu sein. Gestern ist seitens der SVP von einem Lackmusktest gesprochen. Bei diesem Antrag scheint mir, dass wir einen so genannten Feldversuch machen. Wenn sich keine Partei gegen die Anträge der SVP erhebt, wird das einmal Folgen haben. Dann kommt gemäss Alfred Heer die konsequente Sparpolitik zum Tragen. Sie wird jetzt nicht zum Tragen kommen, weil wir uns nach den Experimenten eines Besseren besinnen werden. Aber so würde es herauskommen, wenn wir die SVP-Anträge einfach laufen liessen.

An die Damen und Herren Regierungsräte: Die Finanzkommission nimmt selbstverständlich jederzeit Stellungnahmen entgegen und prüft sie dann seriös. In diesem Fall ist der Antrag ohne Protest zu uns gekommen. Wir haben ihn auch nicht weiter geprüft.

Regierungsrätin Rita Fuhrer: Susanne Bernasconi, wenn man mich gefragt hätte, wäre schon ein Protest gegen diesen Antrag in die Finanzkommission gekommen. Es war die Kommission, die den Antrag ohne weiteren Protest weitergeleitet hat. Das müssen wir kurz berichten.

Ich stelle fest, dass der Präsident der KJS kein Durcheinander erzählt hat. Marco Ruggli hat das erzählt, was leider Tatsache gewesen und wie es in dieser Kommission abgelaufen ist. Ich würde Ihnen gerne

zwei, drei Sätze aus dem Protokoll vorlesen, wenn das möglich wäre. Ich verzichte aber darauf. Es war keine Diskussion, an der ich Gefallen gefunden habe. Man hat sich nämlich gar nicht darum bemüht, wissen zu wollen, was man denn wirklich im Generalsekretariat streicht. Bei 10 Prozent Kürzung in einer Direktion, die in den letzten Jahren Effizienzsteigerung und Einsparungen bei gleichen Ausgaben – ich nenne beispielsweise das Strassenverkehrsamt, aber auch das Amt für Militär und Zivilschutz und das Migrationsamt – nachweisen kann, ist eine Basis der Kooperation mit mir, obwohl wir in der gleichen Partei sind, Peter Good, nicht möglich. Für Verschiebungen von Aufgaben, beispielsweise von der Staatskanzlei und der Finanzdirektion in die Direktionen oder auch für Verrechnungen können wir nichts. Das kann man uns nicht als Mehrausgaben anlasten.

Es ist eine lineare Kürzung, zu der es keine weitere Begründung gegeben hat. Weil ich nicht weiss, was die CVP, die EVP und die Grüne Partei stimmen werden, mache ich trotzdem ein paar kurze Ausführungen dazu. Im KEF (Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan) steht das Organigramm einer Direktion. Dabei sieht man auch, dass dem Generalsekretariat die Koordinationsstelle für Sport, aber vor allem auch das Passbüro, die Bewilligungen und Beglaubigungen und auch die Eichmeister angesiedelt sind. Das sind Aufgaben, die wir erfüllen müssen. Das Generalsekretariat selbst, das offenbar als Dienstleistung für die Regierungsrätin angesehen wird, hat 18 Stellen. Anderthalb Stellen davon gehen voll zu Lasten der Statthalterämter. Im Generalsekretariat sind Controller, Revisor, Informatikverantwortlicher, mein Vorzimmer und die Sekretärin sowie der Rechtsdienst. Es ist beispielsweise kein persönlicher Mitarbeiter in meiner Direktion angestellt. Sie dürfen gerne die Liste der Namen und Aufgaben bei mir anschauen. Auch bei breiter Schaltung hat das auf einer kurzen Seite Platz.

Wenn Sie bei 45 Personaleinheiten im Generalsekretariat inklusive allen zusätzlichen Abteilungen bei den Ausgaben eine Million Franken streichen, dann müsste ich entweder allen meinen Mitarbeitern im Generalsekretariat kündigen, sodass es verwaist wäre, denn es müsste in diesem Jahr eine Millionen Franken gespart werden, oder ich würde keine Pässe mehr bestellen, oder wir würden die Ausweise einfach nicht mehr ausstellen. Wir können nicht die Passgebühren heben, denn Sie wollen bei den Ausgaben sparen, und zudem wird ab 1. Januar 2003 der Bund die Gebühren festlegen. Wir können nicht jetzt die Ge-

bühren anheben, sodass eine Million Franken mehr eingenommen würde, um sie am 1. Januar 2003 so massiv zu senken.

Vermutlich würde ich die Verrechnungsposten der Finanzdirektion einfach nicht mehr in mein Budget aufnehmen. Etwas anderes würde mir leider nicht übrig bleiben.

Ich bitte Sie sehr, mir dieses kleine Generalsekretariat so zu belassen, wie es ist. Es ist mehr als nur ausgelastet.

Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden): Sie haben jetzt gerade einen Ausschnitt unserer Kommissionsdebatte gehört. Genau das, was Regierungsrätin Rita Fuhrer uns jetzt gesagt hat, hat sie uns auch in der Kommission gesagt. Nur wollten es die SVP-Vertreterinnen und -Vertreter nicht wissen. Es ist ihnen egal, welche Konsequenzen die Kürzungsvorschläge haben. Ich habe wie die EVP auch diesem Kürzungsvorschlag nicht zugestimmt. Das weiss Regierungsrätin Rita Fuhrer ganz genau. Wir werden es hier wieder nicht tun.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Die EVP-Fraktion hat in der Kommission nicht zugestimmt. Wir werden auch jetzt nicht zustimmen. Die EVP-Fraktion hat grundsätzlich schon gesagt, dass sie diesen linearen Kürzungen nicht zustimmen wird. Weil wir das generell nicht tun, möchten wir diesem Kindergarten nicht noch mehr Nahrung geben, indem wir zu jedem Antrag immer wieder die gleiche Begründung bringen, wieso wir nicht zustimmen. Sie können aber davon ausgehen, wenn wir uns bei den linearen Kürzungen nicht zu Wort melden, dass wir dann konsequent bleiben und diese Anträge nicht unterstützen, auch in diesem Fall nicht, wo sich offensichtlich zwei grössere Parteien zusammengeschlossen haben, um sich gegenseitig eins auszuwischen oder Machtkämpfchen zu spielen. Da machen wir ebenfalls nicht mit.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag der Finanzkommission und der KJS wird dem Antrag der Regierung gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt mit 85 : 23 Stimmen dem Antrag der Regierung zu. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf 2'710'300 Franken.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2301, Sportfonds

Konto 2302, Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2310, Kantonspolizei (Globalbudget)

Minderheitsantrag Martin Bäumle, Susanne Bernasconi, Ernst Jud (FIKO) zu Konto 2310, Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung:

alt: Fr. - 332'090'000

neu: Fr. - 331'615'000

Verbesserung Fr. 475'000

Streichung von 12 Stellen für Sicherheitsassistenten, da die gleiche Leistung (gemäss KEF) mit dem gleichen Personalbestand erfüllt werden soll.

Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf): Eigentlich fehlt mir bei diesem Konto ein Antrag der SVP. Offensichtlich gilt das Zufallsprinzip, denn die Kreisdiskussion von Alfred Heer vorhin hat mir gezeigt, dass ihm dann der Biss letztlich bei der eigenen Direktion doch etwas fehlt. Zusätzlich hat es mir für die Zukunft gezeigt, dass die Finanzkommission die KJS nicht ernst nehmen kann und selber nochmals überprüfen muss, ob die Anträge hieb- und stichfest sind.

Eigentlich hätte ich bei der Vorbereitung der heutigen Debatte Lust gehabt auf einen SVP-ähnlichen Antrag. Dafür sind wir aber nicht da. Dies würde zu Lasten der Polizisten gehen, welche ihre Arbeit korrekt und gut machen wie übrigens die Leute in anderen Verwaltungsabteilungen auch. Ob in der Verwaltung die grosse, letzte Effizienz immer in allen Bereichen da ist, kann wahrscheinlich mit Fug und Recht überall bezweifelt werden. Beim Antrag aus der Minderheit der Finanzkommission geht es aber überhaupt nicht darum. Es geht eigentlich darum, aus der Geschichte des NPM (New Public Management) und der Kennzahlen aus dem KEF abzuleiten, wieweit eine Budgeterhöhung auf eine Stellenplanerhöhung Sinn macht oder nicht. Die Finanzkommission hat sich schon letztes Jahr mit den Stellenplänen in allen Direktionen auseinander gesetzt und nachgefragt, welche Leistung auf der anderen Seite geschieht. Ich habe an dieser Stelle bereits vor einem Jahr das Globalbudget der Kantonspolizei kritisiert und gesagt, es würden aussagekräftige Indikatoren oder eine klare Aussage fehlen, weshalb eine Stellenausweitung notwendig ist. Wenn man die

Entwicklung der Stellenpläne bei der Kantonspolizei ansieht, sieht man, dass im letzten Jahr eine markante Stellenplanerhöhung stattgefunden hat. Der grösste Teil ist auf die Urban-Kapo-Geschichte zurückzuführen, über die wir ausführlich diskutiert haben und die auch Effizienzsteigerungen hätte bringen sollen. Davon ist jedoch nichts zu spüren, wenn man die weitere Stellenplanentwicklung sieht – in diesem Budget plus 25 Stellen, dann gemäss KEF in den Folgejahren plus 17, plus 7 und plus 2 Stellen. Die Stellenpläne steigen weiter nach oben. Wenn man auf der anderen Seite die Indikatoren, konkret die Leistungs- und Effizienzindikatoren in diesen Jahren anschaut, verändert sich überhaupt nichts. Die Kantonspolizei braucht mehr Stellen, um die gleiche Leistung zu fabrizieren. Insbesondere Sie von der SVP haben immer gesagt, man sollte im Staatsbudget mit weniger Geld die gleiche Leistung erbringen.

Soweit gehen wir mit unserem Minderheitsantrag nicht. Wir gehen nur davon aus, dass die bisherige Leistung mit dem bisherigen Personal erbracht werden soll. Nach Rückfrage via KJS haben wir herausgefunden, dass von 25 Stellen lediglich 12 effektive Neustellen sind. Das andere hat mit Umschichtungen innerhalb der Ämter zu tun und ist in dem Sinne akzeptabel. So ist der Antrag zu verstehen. Es geht also nur um die zusätzlich zu schaffenden zwölf Stellen, was eine ungefähre Umrechnung von 475'000 Franken ergibt. Deshalb habe ich diesen Antrag in der Finanzkommission folgerichtig zum letzten Jahr wieder eingebracht. Ich bitte Sie, dem Minderheitsantrag der Finanzkommission zu folgen.

Marco Ruggli (SP, Zürich), Präsident der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS): Offiziell ist unserer Sachkommission dieser Antrag nicht mitgeteilt worden – wohl aus Zeitgründen. Wir haben aber auf dem Latrinenweg davon erfahren und konsultativ darüber abgestimmt. Die Kommission, die durchaus ernst zu nehmen ist, sieht bei der Kantonspolizei einstimmig keine Kürzungsmöglichkeit. Die Kantonspolizei hat sich zu diesen zwölf Stellen vernehmen lassen. Sie hat verlauten lassen, dass zwei Leistungen nicht erbracht werden können, wenn diese Kürzung durchkommt.

Ich bitte Sie also, hier unisono mit der SVP keine Kürzung vorzunehmen.

Erika Ziltener (SP, Zürich), Referentin der Finanzkommission: Die Zeitgründe, die Marco Ruggli angeführt hat, kann ich bestätigen. Wie ich gestern schon gesagt habe, sind die Anträge meistens um fünf nach zwölf Uhr gekommen.

Zum Minderheitsantrag: Im Namen der Mehrheit der Finanzkommission bitte ich Sie, den Kürzungsantrag auf Streichung der zwölf Stellen bei der Kantonspolizei abzulehnen. Mit der Neuorganisation der Kapo werden Sicherheitsassistentinnen und -assistenten im Gefängnisbetrieb, beim Gefangenentransport und in der Haftorganisation eingesetzt. Zudem sollen sie Aufgaben übernehmen, die früher extern vergeben worden sind. Sie arbeiten nicht nur für die Direktionssicherheit, sondern auch im Auftrag der Justizdirektion. Durch den Einsatz der Sicherheitsassistentinnen und -assistenten sollen die Aufgaben entsprechend der Ausbildung zugeteilt werden. Das bedeutet eine Entlastung der Polizistinnen und Polizisten und – Kernthema der Budgetdebatte – tiefere Lohnkosten.

Zur Begründung von Martin Bäumlé: Der Minderheitsantrag basiert auf den Angaben im KEF von 2001 bis 2004. Dort sind die von der Stadt übernommenen Stellen der Urban Kapo noch nicht mitgerechnet, das heisst im aktuellen KEF sind noch sieben von den früher 19 Stellen aufgeführt. Natürlich kann es nicht sein, dass bei der Polizei einfach munter Stellen aufgestockt werden. Wir werden demzufolge die Stellenentwicklung im KEF aufmerksam verfolgen. Der Zeitpunkt der Stellenstreichung ist aber ungünstig gewählt, weil die Neuorganisation Zeit braucht und weil noch nicht alle Stellen gemäss Sollbestand überhaupt besetzt sind.

Ich bitte Sie nicht nur im Namen der Mehrheit der Finanzkommission, sondern auch im Namen der SP-Fraktion, den Antrag abzulehnen.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Meine Interessenbindung: Ich bin Präsident des VKPZ (Verband Kantonspolizei Zürich).

Dieser Antrag ist ausnahmsweise nicht linear, aber dafür unsinnig. Die Arbeit in den Gefängnissen und um die Gefängnisse herum hat stark zugenommen. Die Transportdienste werden immer mehr durch die Sicherheitsassistenten übernommen. Für die etwa 10'000 Inhaftierten sind dafür rund 200 Personen nötig. Es gibt eine Umschichtung, die nun vorgenommen wird, indem immer mehr Personen von der Sicherheitsassistenten diese Arbeit übernehmen und Kantonspolizisten dafür

entlastet werden. Dies ist eine Entwicklung der vergangenen Jahre, die sich nun fortschreiben lässt.

Die frei werdenden Kapo-Leute werden aber im neuen Umfeld oder im Umfeld des Korps gebraucht. Wir haben dort einen Unterbestand von rund 80 Personen. Wenn man mehr Sicherheit will und diese auch umsetzen will, dann ist es dringend notwendig, dass die Leute ihren Kernaufgaben entsprechend eingesetzt werden können. Damit wird auch eine kostengünstigere Lösung realisiert, da die Sicherheitsassistenz billiger arbeitet als die Korpsangehörigen der Kapo.

Das Umfeld in der Beurteilung dieses Antrags ist ebenfalls zu berücksichtigen. Wir haben die Initiative zur Einheitspolizei abgelehnt und damit verbunden das Versprechen abgegeben, dass der Schutz der Bevölkerung und der Einsatz in den Gemeinden in sicherheitspolitischen Fragen gewährleistet und verstärkt wird. Wenn wir das tun wollen, müssen wir der Kantonspolizei diese Leute wieder zuführen, die nun in externen oder Nicht-Kernaufgaben engagiert sind. Das könnte man nicht machen, wenn man den Streichungsantrag unterstützen würde.

In diesem Sinn bitte ich Sie, den unsinnigen Antrag abzulehnen.

Ernst Jud (FDP, Hedingen): Zuerst eine Vor- oder Nachbemerkung: Beim Posten Generalsekretariat hatte ich die unangenehme Aufgabe, die Mehrheit der Finanzkommission zu vertreten, in der auch vier Leute der SVP sitzen. Die Abstimmung hat gezeigt, wie auseinandergerissen die Fraktion dann war. Manchmal muss man auch unangenehme Aufträge übernehmen. Ich bin aber einsichtig und nicht stur wie andere.

Beim Posten Kapo kann ich zur Unterstützung des Minderheitsantrags stehen. Gestern hat man uns vorgeworfen, dass man bei dieser Direktion auf die Frau schieesse und nicht auf den Ball. Als Kavalier würde es mir nie einfallen, auf eine Frau zu schieessen, auch nicht auf Regierungsrätin Rita Fuhrer.

Ich pflege auf den Ball zu schieessen, aber nicht damit er ins Aus oder behind geht, sondern damit er die richtige Richtung einnimmt, nämlich in Richtung Tor, um möglichst ein Tor zu erzielen.

Ich pflege manchmal den Spruch: Prozente sind auch nicht mehr, was sie waren. Das trifft hier auch zu, oder dann haben einige Leute beim Prozentrechnen in der Schule gefehlt. Gestern hat man 5 bis 20 Prozent Kürzungen beantragt. Verglichen mit diesem Konto: Hier handelt es sich um eine Kürzung von 1,5 Promille, nämlich 475'000 Franken

von 332 Millionen Franken. Der ursprüngliche Kürzungsbetrag war einiges höher. Es ist doch der Sinn des Globalbudgets in dieser Gröszenordnung, wenn eine neue Aufgabe hinzukommt, dass man zuerst schaut, ob sie untergebracht werden kann. Bei 332 Millionen Franken meine ich, dass 475'000 Fränkli Platz haben sollten, um etwas zu verschieben. Ich bin nicht für die Streichung dieser zwölf Stellen, wie es bei der Begründung heisst, sondern das Globalbudget muss diesen Betrag verkraften können. Hier müssen Wege gesucht werden, die 475'000 Franken unterzubringen.

Deshalb bitte ich um Unterstützung des Minderheitsantrags. Das ist der Sinn eines Globalbudgets.

Willy Haderer (SVP, Unterengstringen): Was jetzt gerade als Begründung abgegeben worden ist, ist nun wirklich paradox. Weil man nicht zur Begründung in der Sache steht, Ernst Jud, sagt man am Schluss, es hätte doch Platz drin. Bei allen anderen Änderungen, die wir vorgeschlagen haben und wo wir auch lineare Änderungen verlangen, weil es Platz hat, ist es dann nicht gültig. Wenn es hier keine Gültigkeit hat, Stellen zu streichen, dann hat das damit zu tun, was dieses Parlament im Laufe der letzten drei Jahre seit der Lastenausgleichsvorlage getan hat. Es kann nicht angehen, dass wir bei der Kantonspolizei nicht bereit sind, klare und saubere Organisationsformen zu unterstützen, immer noch das Nebeneinander zwischen Stadt- und Kantonspolizei Zürich zu dulden und zu stärken und somit höhere Gelder zu generieren. Der Grund, weshalb wir hier noch nicht das erreicht haben, was möglich wäre, ist, weil wir das nicht fertiggebracht haben und auch die SP immer wieder gebremst hat. Hätten wir die Zusammenlegung im technischen Bereich, in der Infrastruktur und so weiter – ich erinnere an die Lastenausgleichsvorlage – ernst genommen und gehandelt, dann hätten wir heute genau bei der Kantonspolizei Finanzspielraum, um hier Einsparungen zu machen. Wenn es umgekehrt wäre, hätte das die Stadt bei der Stadtpolizei. Das haben wir nicht fertiggebracht. Deshalb ist es unsinnig, mit Sparen voranzugehen und hier, um dem Schein nach zu sparen, mit 475'000 Franken einen solchen Antrag einzubringen.

Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf): Ich versuche, etwas zusammenzufassen.

Urban Kapo ist seinerzeit unter anderem damit verkauft worden, dass damit eine Effizienzsteigerung auf beiden Seiten möglich sei. Man müsste davon ausgehen können, dass nicht zusätzlicher Stellenaufwand auf diese Direktion zukommt, sondern dass durch die Übernahme von bisherigen Stellen aus der Stadt und zusätzlichen Synergienutzen eigentlich ein Stellenabbau stattfinden könnte. Die SVP, die sonst eine Stellenplafonierung und -reduktionen in Tausenden von Stellen verlangt, ist hier nicht bereit, auf zusätzliche Stellen zu verzichten, obwohl durch einen Beschluss dieses Rates beziehungsweise der Regierung und der Stadt Zürich genau mit diesem Argument eine Vorlage durchgebracht worden ist.

Zum Thema Einheitspolizei äussere ich mich heute nicht. Das wäre wenn schon die wesentlich bessere Lösung gewesen, um noch mehr Synergien nützen zu können.

Im Übrigen heisst Sicherheit im Kanton Zürich nicht einfach: Je mehr Polizisten man hat, je sicherer ist der Kanton Zürich. Es geht nicht in erster Linie um Sicherheit, sondern darum, wie viele zusätzliche Stellen wir bereit sind zu geben. Es wird keine einzige Stelle gestrichen. Es sollen nur keine zusätzlichen Stellen geplant werden. Wenn Regierungsrätin Rita Fuhrer jetzt dann sagen wird, das sei gar nicht so, die Stellen seien schon besetzt, dann wären die schriftlichen Antworten, die ich zuhanden der Kommission verlangt habe, nicht richtig.

Dieser Antrag ist überhaupt nicht in letzter Minute gekommen, sondern es war von Anfang an angekündigt, die 25 Stellen zu kürzen. Ich habe dann auf zwölf Stellen reduziert, nachdem ich eine detaillierte Übersicht erhalten habe, was neue und was bisherige Stellen sind. In dem Sinn ist dieser Antrag absolut frühzeitig eingegangen, hat eine klare Zielrichtung und ist NPM-konform, weil ich mich auf die Leistungsdaten beziehe. Ich kürze nicht irgendwo etwas, ohne eine Leistung zu verlangen, die anders ist, sondern ich gehe davon aus, dass man die gleiche Leistung mit gleichem Personal erfüllen kann. Wenn man Urban Kapo umsetzen würde, müsste sogar wesentlich mehr drinliegen. Es ist also ein sehr bescheidener und kleiner Antrag. Es erstaunt mich schon, mit welchem Widerstand gegen diesen Antrag vorgegangen wird, wenn wir dann bei fortgeschrittener Stunde sehen werden, welche Anträge wiederum kommen, wo Sie 5, 10 oder 20 Prozent des Aufwands in Direktionen kürzen wollen, die andere Leute betrauen. Da sind Sie nicht konsequent. Wenn Sie sparen wollen, müssen Sie da sparen, wo neue Stellen geschaffen werden und nicht an Orten versuchen, mit unrealistischen Anträgen zusammenzukürzen,

wo Sie genau wissen, dass Sie nicht durchkommen, um letztlich einfach das Budget ablehnen zu können. Das scheint aber Ihre Politik zu sein: Auf zwei Augen sind Sie blind und auf dem dritten sehen Sie ohnehin nichts.

Alfred Heer (SVP, Zürich): Martin Bäumle, der Kantonsrat selbst hat den Stellenplan der Kantonspolizei bewilligt. Wie Sie selber wissen, ist das Soll, das vom Kantonsrat bewilligt worden ist, noch nicht erfüllt. Wenn Sie schon bei der Polizei sparen möchten, dann hätten Sie wenigstens dort Ihre Änderungen bringen und die Stellen der Kantonspolizei plafonieren müssen. Hier geht es darum, dass auch der Arbeitsplatz Kantonspolizei attraktiver wird. Sicherheitsassistent ist ein Job, den die Kantonspolizisten vor allem nach der Rekrutenschule im Bereitschaftsdienst ausüben dürfen oder müssen. Es geht darum, dass man die ausgebildeten Kantonspolizisten an die Front schicken kann und nicht in Fahrzeugen für Gefangenentransporte «missbrauchen» muss. Wir haben gestern schon gesagt, dass wir nicht bereit sind, bei der Kantonspolizei zu sparen. Die Polizeipräsenz hat eine präventive Wirkung. Wir haben das schon gesagt. Die Kosten, die durch Verhinderung von Kriminalität eingespart werden können, sind massiver als das, was Sie hier mit diesen 475'000 Franken einsparen würden.

Ich bitte Sie deshalb, den Minderheitsantrag abzulehnen.

Richard Hirt (CVP, Fällanden): Ich fühle mich in dieser Debatte wirklich lächerlich gemacht. Wir streiten bei einem Haushalt von 11 Milliarden Franken um 475'000 Franken. Wir machen uns vor dem Zürcher Volk lächerlich, wenn wir eine halbe Stunde für diesen Antrag vergeuden. Ich ertrage diese Diskussion fast nicht mehr, weil sie völlig haltlos ist. Sie führt von Urban Kapo über die Lastenausgleichsvorlage und geht wirklich am Kern der Sache vorbei. Machen wir uns nicht länger lächerlich und stimmen wir ab.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Es ist schon so, dass es vielleicht lächerlich ist, aber es ist eine Grundsatzfrage. Diese Grundsatzfrage verdient es, diskutiert zu werden. Viel lächerlicher machen wir uns mit unserer Grundhaltung zum Budget generell, ob wir es genehmigen oder nicht, und mit den linearen Kürzungen.

Hier geht es auch um materielle Fragen. Martin Bäumle, Sie kommen mir vor wie ein Nationalökonom, der Wirtschaftspolitik mit dem Re-

chenschieber macht und dann merkt, dass es auch noch Menschen dahinter gibt, die man nicht nur einfach als Produktionsfaktor einschieben kann. Urban Kapo ist korrekt umgesetzt worden. Das ist bekannt. Es hat sich gut eingespielt. Wie kommen Sie aber darauf, dass dies zu einem Abbau von Stellen führen müsste? Wir haben immer von Synergienutzungen gesprochen. Wir haben davon gesprochen, dass früher 150 Stellen unterbesetzt waren. Jetzt sind es 80. Man kann nicht davon ausgehen, dass wir jetzt einfach Leute entlassen können und wollen. Wenn Sie Sicherheit, Polizei, Präsenz und auch Prävention wollen, dann können Sie das nicht machen, indem Sie die Polizisten für Nebenaufgaben abziehen und die Kernaufgaben vernachlässigen. Hier reden wir von einer Umverteilung von Aufgaben der Sicherheitsassistenz und der Kantonspolizei. Da werden Leute in ihre ursprünglichen Aufgaben zurückgeführt. Das ist es, was Sie mit Ihrem Streichungsantrag verhindern. Das wünschen wir nicht. Deshalb ist es richtig, wenn wir hier deutlich ablehnen.

Regierungsrätin Rita Fuhrer: Sie haben als Parlament das Personalbudget der Kantonspolizei im letzten Jahr um 4 Millionen Franken erleichtert. Sie haben in den Vorjahren Personal- wie auch Sachbudgets der Kantonspolizei um mehrere Millionen Franken gestrichen. Sie haben keinen der Nachtragskredite, die diese ersetzen oder ergänzen sollten, bewilligt, vor allem auch im letzten Jahr nicht, als es um zusätzliche neue Aufgaben ging und ich einen Nachtragskredit gestellt habe. Sie sagten, das hätte im Budget der Kantonspolizei noch Platz. Das bedeutete aber ganz klar – ich habe es Ihnen schon mehrmals gesagt – Stellenabbau und Abbau beim Sachaufwand bei der Kantonspolizei. Wir haben reorganisiert, um den Bürger nicht spüren zu lassen, dass hier Einsparungen gemacht worden sind. Wir haben weiterhin volle Sicherheit angeboten und anbieten wollen. Aber irgendwann hat dies ein Ende. Sie wissen, dass wir die Schulen dreimal nicht durchführen konnten. Das sind 90 Polizisten, die uns damit fehlen. Wir haben in keinem der folgenden Jahre zusätzliche Schulen durchgeführt. Wir haben also diese 90 Stellen nicht kompensiert. Ich habe Ihnen vor zwei Jahren sehr transparent aufgezeigt, was die Sicherheitsassistenz soll. Ich habe Ihnen aufgezeigt, dass wir uns letztlich darauf ausrichten, 70 Stellen in der Sicherheitsassistenz zu besetzen,

also nicht 90, wie die Polizisten, die uns jetzt fehlen. Wir haben Ihnen auch die Etappierung aufgezeigt. Es ist also alles transparent auf dem Tisch.

Ich bitte Sie, Martin Bäumle, das zur Kenntnis zu nehmen. Es ist mir klar – ich habe es im letzten Jahr auch zugegeben –, dass wir letztes Jahr bei der Kantonspolizei kein optimales Globalbudget hatten. Dieses nun hat ein Experte der Hochschule St. Gallen gemacht. Ich denke, dass es den Anforderungen der hiesigen Experten entsprechen könnte.

Die Ausführungen von Erika Ziltener zu den Sicherheitsassistenten sind völlig korrekt. Ich lasse das in meinen Notizen aus. Es richtig, was sie gesagt hat, auch über die Aufgaben, die die Sicherheitsassistenten übernehmen sollen.

Etwas, das ich Ihnen ganz dringend ans Herz legen möchte: Sie alle sitzen hier in einem Saal, der gesichert ist. Sie fühlen sich hoffentlich auch sicher, denn Sie sind unten bei jungen Polizisten oder bei Sicherheitsassistenten vorbeigegangen, die die Kontrolle im und um das Rathaus herum machen und die auch die Amtshäuser kontrollieren. Es ist nicht so, dass man alles schon wieder auf die Seite legen könnte, was man kürzlich diskutiert hat. Im Regierungsgebäude in Aarau ist heute ein Drohender verhaftet worden, der offenbar die Leute im Regierungsgebäude bedroht hat. Es ist meiner Meinung nach nicht so, dass wir mit den Sicherheitsanforderungen einfach so wieder herunterfahren könnten. Dieser Mensch, der in Aarau gedroht hat, hat sich nicht NPM-konform verhalten. Er hat sich so verhalten, wie es offenbar in der heutigen Zeit ab und zu vorkommt. Wenn wir aber Leute abstellen, um vermehrt Patrouillen zu machen und vermehrte Präsenz gegenüber der Bevölkerung sicherzustellen, um Sicherheit anzubieten, wenn Demonstrationen stattfinden, so genannte Abendspaziergänge, dann bedeutet das auch Personal bei der Kantonspolizei. Wir erzielen kein Tor oder höchstens ein Eigentor, wenn wir bei der Sicherheit abbauen.

Peider Filli (AL, Zürich): Man kann natürlich mit Angst operieren, Regierungsrätin Rita Fuhrer. Der junge Mann, der heute Morgen im Regierungsgebäude, wie Sie gesagt haben, Leute bedroht hat, hat nur lauthals herumgetobt. Er hatte keine Waffe dabei. Er ist auch schon wieder frei gelassen worden. Bitte spielen Sie nicht mit der Angst.

Regierungsrätin Rita Fuhrer: Ich spiele nicht mit der Angst. Trotzdem muss da jemand sein, der diesen Menschen auffängt, ihn betreut und nachsieht, ob er Waffen hat oder nicht. Wäre da niemand von der Sicherheit gewesen, hätte man der Polizei im Kanton Aargau bestimmt einen Vorwurf gemacht. Ich habe von Präsenz gesprochen und nicht von Angstmacherei, Peider Filli.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Martin Bäumle, Susanne Bernasconi und Ernst Jud (FIKO) wird dem Antrag des Regierungsrates, der KJS und der FIKO gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Martin Bäumle mit 37 : 110 Stimmen ab. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf 332'090'000 Franken.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Persönliche Erklärung

Hans-Peter Portmann (FDP, Kilchberg): Ich fühle mich in dieser Budgetdebatte persönlich in meiner Integrität als Kantonsrat, und vor allem in meinem Willen, eine seriöse Parlamentsarbeit zu leisten, streckenweise angegriffen.

Sie alle haben gestern und heute in den Medien über diesen Zirkus, den wir hier veranstalten, gelesen. Die ganze Schweiz lacht über uns, über einen Kanton, der es doch immer besser wissen und kompetenter machen will.

Wir müssen hier Anträge behandeln, die in einer Grössenordnung sind, von der wir wissen, dass nicht einmal Geld als Sparpotenzial für diese Grössenordnung zur Verfügung wäre. Wenn wir dann noch das ganze Potenzial ausschöpfen würden, wissen wir, dass dann Personal ohne Büroräumlichkeiten, ohne ein Pult und ohne ein Blatt Papier auf der Strasse stehen würde. Über solche Dinge müssen wir hier drin diskutieren.

So ist es mir wirklich nicht mehr wohl. Ich appelliere jetzt an die Kolleginnen und Kollegen der SVP: Ziehen Sie Ihre Anträge mit den linearen Kürzungen zurück! Das wäre anständig gegenüber all denen, die hier unsere Arbeit bezahlen. Es wäre einem Kanton würdig. Helfen Sie mit, jetzt ein Budget verabschieden zu können, das der Fi-

nanzlage dieses Kantons entspricht und das vor allem die gute Staatsleistung, die dieser Kanton vollbringt, honoriert. Ich bin überzeugt, die Mehrheit hier drin fühlt und denkt gleich wie ich.

Konto 2311, Strassenverkehrsamt (Globalbudget)

Minderheitsantrag Peter Good, Hans Egloff, Alfred Heer, Bruno Walliser, Hans Wild (in Vertretung von Jürg Trachsel) (KJS)

alt: Fr. 14'206'200

neu: Fr. 17'239'725

Saldoverbesserung: Fr. 3'033'525

Reduktion des Aufwands um 5 % nach Abzug der Einlage in den Strassenfonds (§ 28 Strassengesetz)

Hugo Buchs (SP, Winterthur): Wenn man den sinnlosen Antrag beim Strassenverkehrsamt genau prüft, kommt man auf eine Reduktion gegenüber dem letzten Jahr. Es ist aber wieder ein Antrag für eine lineare Kürzung. Deshalb müssen wir nicht länger darüber reden.

Regierungsrätin Rita Fuhrer: Das Strassenverkehrsamt ist ein Musterbeispiel für Effizienzsteigerung, ohne Mehrkosten zu verursachen. Es hat aber auch Mehraufgaben übernommen. Beispielsweise hat die LSVA (Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe) deutliche Mehraufgaben für das Strassenverkehrsamt bedeutet. Es hat die Schifffahrtskontrolle übernommen, die vorher die Stadt Zürich mit zehn Personen geleistet hat. Bei uns im Strassenverkehrsamt sind es sieben Personalstellen, die nun die gleiche Aufgabe erfüllen. Wir haben in Zukunft durch die bilateralen Abkommen eine sehr grosse Vermehrung der Fahrzeugkontrollen und sind jetzt dabei, mit den Verbänden nach Lösungen zu suchen, sodass wir nicht mehr Fachexperten einstellen müssen, sondern dass wir einen Teil dieser Fahrzeugkontrollen an die Verbände oder allenfalls an Private abgeben können. Wir haben weitere Effizienzverbesserungen im Strassenverkehrsamt bewirken können, die auch von den Kunden, von den Garagen, aber auch von Einzelpersonen mir gegenüber schon mehrfach gerühmt worden sind. Ich bitte Sie sehr, das Strassenverkehrsamt mit der Reduktion der Ausgaben nicht weiter zu strafen.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Peter Good, Hans Egloff, Alfred Heer, Bruno Walliser, Hans Wild (in Vertretung von Jürg Trachsel) (KJS) wird dem Antrag des Regierungsrates, der FIKO und der KJS gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Peter Good mit 91 : 44 Stimmen ab. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf 14'206'200 Franken.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2313, Migrationsamt (Globalbudget)

Minderheitsantrag Peter Good, Hans Egloff, Alfred Heer, Bruno Walliser, Hans Wild (in Vertretung von Jürg Trachsel) (KJS)

alt: Fr. -8'629'660

neu: Fr. -7'467'780

Saldoverbesserung: Fr. 1'161'880

Aufwandreduktion um 5 %

Johanna Tremp (SP, Zürich): Mit Erstaunen habe ich vorhin von Willy Haderer gehört, dass die SVP weiss, dass es bei ihren Anträgen noch Platz hat. Sie sagt aber «umsverrodä» nicht wo. Finden Sie nicht auch, das sei zwar ein Wissen, aber ein etwas hohles Wissen?

Wir haben gestern vor einer Woche ausführlich über die Strukturen und die Arbeitsweisen des Migrationsamtes diskutiert. Nun kann das Migrationsamt endlich die Pendenzenbeige abbauen, die Kunden besser und schneller mit Informationen versorgen und mit einer besseren Infrastruktur an einem neuen Standort effizienter und kompetenter arbeiten. Auch hier macht der Aufwand hauptsächlich fünf verschiedene Posten aus, darunter das Personal, die Miete, die Dolmetscherinnen und Dolmetscher sowie die Telefongebühren. Wird der Aufwand um 5 Prozent gekürzt, kann praktisch wieder einmal – wie bei anderen Anträgen auch – nur beim Personal abgebaut werden. Nach dem Willen der SVP soll das Migrationsamt wieder schlechter arbeiten, vermutlich so schlecht, wie es vor einigen Jahren war. Das ist gegenüber Kundinnen und Kunden nicht angebracht. Hauptsächlich wirkt sich das aber demotivierend auf die Mitarbeitenden aus. Es ist nicht fair, dass versucht wird, das Migrationsamt, das sich gerade in einer Neuausrichtung befindet, dermassen einzuengen.

Regierungsrätin Rita Fuhrer: Das Migrationsamt hat sich so verbessert, dass – das habe ich letzte Woche bei der Behandlung der Vorstösse festgestellt – wir Daniel Vischer das ständige Feindbild weggenommen haben – das hat mich eigentlich beruhigt –, nämlich: die Fremdenpolizei gegen irgendwelche unserer Mitmenschen. Wir wollen ein Migrationsamt, das sich mit anderen Migrationsämtern – der Gesamtausdruck für die ganze Schweiz ist immer noch Fremdenpolizei – vergleichen und messen lässt. Solche Controllings sollen aufgebaut werden. Wir wollen das machen und dann feststellen, wie die Arbeit bei uns ist. Ich habe nur eine kurze Umfrage bei anderen Regierungsräten gemacht und muss sagen, dass wir im Verhältnis zu den Dossiers, die bei uns bearbeitet werden müssen, ein Migrationsamt haben, das effizient arbeitet. Wir wissen aber selbst, dass die Organisationsabläufe noch verbessert werden können. Wir sind seit letztem Jahr daran, Verbesserungen vorzunehmen. Wir denken aber doch, dass wir hier keine Sparmöglichkeiten im grossen Stil haben. Vor allem müssen wir jetzt das elektronische Archiv so schnell wie möglich fertig aufbauen.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Peter Good, Hans Egloff, Alfred Heer, Bruno Walliser, Hans Wild (in Vertretung von Jürg Trachsel) (KJS) wird dem Antrag der Regierung, der FIKO und der KJS gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Peter Good mit 96 : 45 Stimmen ab. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf 8'629'660 Franken.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2320, Amt für Militär und Zivilschutz (Globalbudget)

Antrag der FIKO und der KJS

Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung

(Die Reduktion um 1,8 Mio. Franken hat beim Aufwand zu erfolgen.)

Marco Ruggli (SP, Zürich), Präsident der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS): Im Namen der Kommission beantrage ich Ihnen, bei diesem Globalbudget eine Kürzung von 1,8 Millionen Franken vorzunehmen. Die Begründung formuliere ich so: Bei einem

Budget von 22 Millionen Franken sollten 1,8 Millionen Franken Platz haben. Die Mehrheit ist bei diesem Geschäft in der Kommission gleich zu Stande gekommen wie beim Generalsekretariat. Zuerst gab es einen Prozentantrag, dann eine runde Summe, die auch bei der FDP Gefallen gefunden hat. Man darf jetzt gespannt sein, ob die FDP bei dieser Meinung bleibt.

Hugo Buchs (SP, Winterthur): Es ist interessant, dass sogar beim Militär gespart werden soll. Tatsächlich spart hier der Kanton schon seit einiger Zeit. Dieses Jahr sind 400'000 Franken weniger im Budget als letztes Jahr. Bereits die Rechnung 2000 schloss um 3,4 Millionen Franken besser ab, als dies vorgesehen war. Der Personalbestand nimmt laufend etwas ab, wegen geringeren Bundeszahlungen leider aber auch der Kostendeckungsgrad.

Es ist nicht die «Gesellschaft Schweiz ohne Armee», die eine weitere Kürzung beantragt. Heutzutage geht sogar die SVP ihrer vormals heiligen Kuh an die Gurgel. Allerdings müssen wir heute nicht über einen SVP-Antrag abstimmen. Deren Antrag auf 5 Prozent, also um 1'803'385 Franken war für die FDP zu viel. Darum hat sie eine Kürzung um 1'800'000 Franken beantragt. Mit diesen 3385 Franken muss Regierungsrätin Rita Fuhrer wahrscheinlich nicht die letzten «Zweierli» bei Entlassungsfeiern streichen. Es war auf jeden Fall so, dass die SVP für diesen Kürzungsantrag in der Kommission eine Mehrheit finden konnte.

Wer bei der Schweizer Armee sparen will, muss in Bern dafür sorgen. So viel ich weiss, macht das die SVP dort nicht. Der Kanton Zürich hat lediglich gewisse Aufgaben zu erfüllen, die ihm der Bund überträgt. Den Ertrag erhöhen, kann der Kanton nicht. Der Spielraum für Sparmassnahmen ist äusserst gering und besteht eigentlich nur bei den Personalkosten. Man kann also die 1,8 Millionen Franken sparen, indem man die Lohnkosten der 140 Angestellten um durchschnittlich 10 Prozent kürzt. SVP und FDP wollen das vielleicht. Wir müssen aus dieser Sicht den Antrag der Regierung unterstützen.

Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf): Diesem Antrag, falls ihn die SVP jetzt nicht zurückzieht, werde ich zustimmen, und zwar mit folgender Begründung: Der Antrag ist durchaus machbar, wenn man sich das Globalbudget anschaut. Es geht um die Anzahl Stellenprocente für 1000 Angehörige von Zürcher Truppen. Auf die Gefahr hin, wieder einmal etwas technokratisch zu wirken, glaube ich, dass der Bestand

in den nächsten Jahren reduziert werden wird. So wie es im KEF aussieht, sollen die Stellen jedoch gleich behalten werden. Mit einer Kürzung um 1,8 Millionen Franken würde sich dies um 18 Stellen von 140 handeln. Die Armeebestände werden wesentlich drastischer reduziert. In dem Sinn wäre hier ein mittelfristiger Stellenabbau absolut richtig. Hier hätte man mit einer Leistungsmotion auf die Jahre 2003 bis 2005 wirken sollen. Deshalb ist der Antrag unsinnig. Wenn er aber nicht zurückgezogen wird, werde ich die SVP unterstützen. Schauen wir mal, was herauskommen wird.

Beat Walti (FDP, Erlenbach): Ich freue mich, dass Sie alle immer auf die FDP-Begründungen zu den Sparanträgen warten. Das macht es zur grossen Freude für mich, diese Begründung zu liefern. Ich bin nicht so technokratisch wie Martin Bäumle. In der Tat liegen diesem Antrag respektive unserer Unterstützung für den ursprünglich von der SVP eingebrachten Antrag sehr sachliche Erwägungen zugrunde. Dieses Amt führt eine Vielzahl von Kontrollen, Unterhaltsarbeiten und Infrastrukturbelangen aus. Das sind sehr operative Aufgabenbereiche, von denen man durchaus mehr oder weniger tun kann, auch wenn der Bund vieles vorschreibt. Ein Teil der Einsparungen geht auf das Konto Effizienz, auch wenn sich das Amt in der Vergangenheit sehr gut reorganisiert hat, was uns auch immer wieder mitgeteilt worden ist. Allenfalls sind gewisse Leistungsziele, wie sie im Globalbudget formuliert sind, mit dem reduzierten Budgetrahmen nicht einzuhalten. Das nehmen wir in Kauf. Sollte das schlimm sein und zum Zusammenbruch gewisser Strukturelemente führen, dann sind wir selbstverständlich bereit, wieder mehr zu bewilligen.

Ein kleiner technischer Hinweis an unseren Kommissionspräsidenten: Der Antrag ist einer, der in dieser Form seitens der SVP sehr spät eingegangen ist. Bei der entsprechenden letzten Sitzung waren Argumente nicht mehr gefragt, lieber Marco Ruggli, sondern wir sind bei den vielen Zetteln schnurstracks zur Abstimmung geschritten, sodass die Begründungen nicht in den Protokollen zu finden sind und auch nicht vorgelesen werden könnten, wenn die Protokolle öffentlich wären.

Zur Sparmethodik, Peter Good, zu einem Ihrer vorvorletzten Voten und auch zu Alfred Heer: Es zeigt sich in der Unterstützung für diesen singulären Antrag, dass wir bei der FDP genau umgekehrt vorgegangen sind. Wir haben nicht eine unsinnig hohe Zahl über das Knie gebrochen und per Salzsteuer über das ganze Budget verteilt, sondern wir haben uns zu jedem einzelnen Budgetposten überlegt, ob wir in

den Tätigkeiten effektiv Sparpotenzial sehen. Ein Resultat ist unsere Unterstützung für diesen Antrag. Leider ist es für die Öffentlichkeitswirksamkeit so, dass mit dieser Methode nicht eine «Sparsumme» von 800 Millionen Franken zu Stande kommt, sondern 150 bis 200 Millionen Franken. Wir finden das besser als gar nichts.

Regierungsrätin Rita Fuhrer: Tatsächlich ist das Amt für Militär und Zivilschutz ein Amt, das in den vergangenen Jahren sehr stark abgebaut hat, und zwar an Aufgaben wie auch an Personalstellen und Sachkosten. Wir erfüllen Bundesrecht. Wir erfüllen wirklich nur noch das, was vom Bundesrecht vorgeschrieben wird. Darauf habe ich dieses Amt vor sieben Jahren schon verpflichtet. Das hat es nun nach und nach getan. Es hat nach und nach abgebaut. Wir haben im Zivilschutz und bei den Kreiskommandi abgebaut. Wir haben den Bezirksführungsstab abgeschafft sowie den kantonalen Führungsstab auf ein absolutes Minimum reduziert. Wir haben sehr viele Stellen innerhalb des Amtes reduziert oder ganz abgebaut. Wir haben noch einige wenige Aufgaben, die vom Bund nicht vorgeschrieben sind, beispielsweise den persönlichen Handschlag bei der Verabschiedung der Wehrmänner. Der kostet Sie aber nichts, denn die Arbeit, die ich in dieser Zeit nicht leiste, leiste ich am Abend oder am frühen Morgen. Wir haben aber Aufträge, die nicht vom Bund entschädigt werden, die in diese 20 Prozent der Stellen gehören, die wir selbst berappen müssen, beispielsweise die Pflege der Landschaft im Reppischtal – die Pflege eines Erholungsraums in der Nähe der Stadt, der sehr stark von Spaziergängern, Kindern, Familien, Sportlern, Joggern und Radfahrern genutzt wird, in einer Region, die, weil sie so konzentriert vom Militär kontrolliert wird, für diese Sportler auch abends noch sicher ist. Wir haben also die Pflege dieser Landschaft, die ich abschaffen könnte. Wir haben Möglichkeiten im Zivilschutz. Ich könnte die Beiträge der Gemeinden für die Ausbildung im Zivilschutz streichen. Es gibt keine Bundespflicht, diese Beiträge noch zu bezahlen. Wir haben sie schon reduziert. Die Gemeinden hatten daran absolut keine Freude. Wir können sie ganz streichen, aber das habe ich bis anhin nicht tun wollen.

Wir werden selbstverständlich, wenn die Armeebestände reduziert werden, Martin Bäumle, und damit der Kontrollauftrag für uns reduziert wird, sofort im gleichen Verhältnis auch unsere Stellen anpassen. Das ist völlig klar. Das haben wir bis zum heutigen Tag immer bewiesen. Im Sommer letzten Jahres war und auch jetzt ist noch nicht klar,

was uns «Armee XXI» in welchem Jahr wirklich bringen wird. Wir hätten ursprünglich in diesem Herbst eigentlich drei Jahrgänge aus der Wehrpflicht entlassen sollen. Es ist dann aber ganz kurzfristig mitgeteilt worden, wir könnten die ganze Organisation wieder streichen, es werde nur ein Jahrgang entlassen, alles sei auf ein Jahr später verschoben worden. Ob es dann wirklich kommt, werden wir sehen. Also frühestens auf das Jahr 2004 wird eine Reduktion der Wehrbestände angesagt sein. Dann werden wir auch bei uns mit Sicherheit wieder kontrollieren und reduzieren. Auf dieses Versprechen von mir können Sie sich verlassen, auch wenn Sie jetzt diese 1,8 Millionen Franken nicht streichen sollten.

Abstimmung

Der Antrag der FIKO und der KJS wird dem Antrag des Regierungsrates gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt mit 81 : 51 Stimmen dem Antrag der FIKO und der KJS zu. Der Budgetbeitrag beläuft sich somit auf 20'826'500 Franken.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2330, Kantonales Sozialamt (Globalbudget)

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2340, Statthalterämter (Globalbudget)

Minderheitsantrag Peter Good, Hans Egloff, Alfred Heer, Bruno Walliser, Hans Wild (in Vertretung von Jürg Trachsel) (KJS), Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. 5'287'400

neu: Fr. 6'071'280

Saldoverbesserung: Fr. 783'880

Aufwandreduktion um 5 %

Bernhard Egg (SP, Elgg): Lieber Peter Good, so kann man es auch machen, solche Anträge stellen und dann kein einziges Wort dazu sagen. Bauma liegt in einer schönen Landschaft. Vielleicht deponiere ich meine Schriften mal ein wenig da und stelle an Ihrer Gemeindeversammlung auch solche Anträge. Ich hätte manchmal Lust dazu.

Eine Bemerkung zu den Statthalterämtern: Die Statthalterämter sind zu einem guten Teil Strafverfolgungsbehörden. Sie erwirtschaften unter anderem einen Bussenertrag von rund 12,5 Millionen Franken. Sie kosten den Staat unter dem Strich nichts. Sie bringen etwas. Wenn Sie hier eine solch drastische Kürzung vornehmen, wird zwangsläufig der Ertrag leiden, und unter dem Strich haben Sie womöglich noch weniger. Sie schrecken nicht einmal vor einer drastischen Kürzung bei Posten zurück, die den Staat nichts kosten.

Alfred Heer (SVP, Zürich): Lieber Bernhard Egg, rechnen Sie mal aus, wie viele dieser Statthalter, die eine so wichtige Funktion erfüllen und die Leute regelmässig büssen, im Verfassungsrat tätig sind – auch von der SVP, das gebe ich zu. Dann sehen Sie, wie beschäftigt diese Leute tatsächlich sind. Dass dort kein Sparpotenzial vorhanden ist, wenn über die Hälfte im Verfassungsrat sitzt, kann ich mir kaum vorstellen.

Regierungsrätin Rita Fuhrer: Ich möchte den Vorwurf an die Statthalter, sie hätten nicht genug zu tun, dass sie im Verfassungsrat sitzen, entkräften. Ich stehe ein für die Milizaufgaben in unseren Gemeinden, im Kanton und auch in der Armee. Auch bei sehr vielen Aufgaben der sozialen Sicherheit stehe ich dafür ein, dass vieles in Milizform getan wird. In der Konsequenz ist es in unserer Direktion so, dass wir unseren Beamten und Beamtinnen eine gewisse Zeit zur Verfügung stellen, um in Behörden tätig zu sein. Das ist für alle gleich, egal, ob es ein Gemeindepräsidium, Kantonsrat oder Verfassungsrat ist. Genau daran haben sich auch die Statthalter zu halten. Sie tun es auch. Im Übrigen haben sie ihre Zeit zu kompensieren. Ich möchte die Statthalter von diesem jetzt nicht direkt geäusserten, aber doch im Raum stehenden Vorwurf entlasten. Im Übrigen haben sie auch im Bussenverfahren immer mehr Aufwendungen. Es wird nicht einfacher für die Statthalter. Wenn man dazu steht, dass wir Bezirke und damit Statthalterämter haben, die eine Aufgabe in unserem Staat erfüllen, denke ich, dass sie diesen Betrag, den sie im Budget eingestellt haben, auch zur Verfügung haben sollten.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Peter Good, Hans Egloff, Alfred Heer, Bruno Walliser, Hans Wild (in Vertretung von Jürg Trachsel) (KJS) wird dem Antrag des Regierungsrates, der FIKO und der KJS gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Peter Good mit 84 : 46 Stimmen ab. Der Budgetbeitrag beläuft sich somit auf 5'287'400 Franken.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

26 Volkswirtschaftsdirektion

Konto 2600, Generalsekretariat

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2602, Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs

Konto 2602.3820, Einlage in das Bestandeskonto der Spezialfinanzierung

Minderheitsantrag Toni Püntener, Esther Arnet, Peter Stirnemann, Regula Ziegler, Sabine Ziegler (KEVU)

alt: Fr. - 39'769'000

neu: Fr. - 64'769'000

Verschlechterung: Fr. 25'000'000

Keine verminderte Einlage in das Bestandeskonto der Spezialfinanzierung

Konto 2602.4990, Übertragung aus Laufender Rechnung

Minderheitsantrag Toni Püntener, Esther Arnet, Peter Stirnemann, Regula Ziegler, Sabine Ziegler (KEVU)

alt: Fr. 70'000'000

neu: Fr. 95'000'000

Verbesserung: Fr. 25'000'000

(Keine Kürzung des Übertrags aus Laufender Rechnung)

Konto 2640, Amt für Verkehr

Konto 2640.3990, Übertragung in den Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs

Minderheitsantrag Toni Püntener, Esther Arnet, Peter Stirnemann, Regula Ziegler, Sabine Ziegler (KEVU)

Alt: Fr. 70'000'000

Neu: Fr. 95'000'000

Verschlechterung: Fr. 25'000'000

(Keine Kürzung des Übertrags aus Laufender Rechnung)

Toni W. Püntener (Grüne, Zürich): Der KEF sieht für die nächsten Jahre 95 Millionen Franken jährlich für den Verkehrsfonds vor. Im KEF heisst es klipp und klar über diese Jahre hinaus, dass die Einlage in den Verkehrsfonds langfristig real mindestens 95 Millionen Franken jährlich betragen muss, um die Investitionen für die anstehenden Projekte abschreiben und verzinsen zu können. Die von der Regierung und der KEVU (Kommission für Energie, Umwelt und Verkehr) vorgesehene verminderte Einlage in den Fonds von nur noch 70 Millionen Franken hat also eine höchst kurzfristige Optik. Was Sie dazu an Argumenten hören werden, sind bestenfalls billige Ausreden.

Weil es sich um eine Fondseinlage handelt, betrifft der Antrag drei Konti. Es geht aber immer um den Betrag von zusätzlich 25 Millionen Franken für den Verkehrsfonds, damit die minimal erforderliche Einlage von 95 Millionen Franken erreicht wird. Der Rat hat sich bereits mehrfach über die hohen Prozentzahlen der pauschalen SVP-Kürzungsanträge gewundert. Der Kürzungsantrag des Regierungsrates und der KEVU-Mehrheit übertrifft dies alles. 36 Prozent sollen gestrichen werden. Nicht einmal ein halbes Jahr ist es her, dass die Stimmberechtigten, ausgehend von einer von einem überparteilichen Komitee unterstützten VCS-Initiative sehr deutlich Ja zu einem zweiten Durchgangsbahnhof gesagt haben. Damit haben die Stimmberechtigten klar gemacht, dass der Ausbau des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zürich weiterhin eine hohe Priorität hat. Der neue Durchgangsbahnhof ist wahrscheinlich nicht gefährdet, wenn die Einlage in den Fonds einmalig reduziert wird. Weil aber der öffentliche Verkehr im Kanton Zürich nicht nur vom neuen Durchgangsbahnhof lebt, sondern ein zusammenhängendes Netz darstellt, braucht es sehr gezielte zusätzliche Aufbaumassnahmen. Genau für solche «kleine und mittlere»

Vorhaben braucht es Geld aus dem Verkehrsfonds. Nur so kann der öffentliche Verkehr seine Aufgabe wahrnehmen und gute, leistungsfähige und attraktive Reiseketten für den Arbeitsweg, für das Einkaufen und für die Freizeit anbieten. Darum lassen wir uns vom klaren Votum der Stimmberechtigten für den öffentlichen Verkehr überzeugen und legen vorausschauend die minimal benötigten 95 Millionen Franken in den Verkehrsfonds ein. Das ist die Unterstützung, die der öffentliche Verkehr verdient.

Die Leistungen des Zürcher Verkehrsverbundes werden immer wieder ausgezeichnet. Das ist gut und erfreulich. Die Sachgeschäfte der KEVU bringen es mit sich, dass in der Kommission regelmässig über die Qualität und die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Verkehrs diskutiert wird. Beachtenswert ist, dass ausgerechnet jene, die sich jetzt für die reduzierte Einlage in den Verkehrsfonds aussprechen, diejenigen sind, die am lautesten über schlechte Verbindungen, über volle Züge und dergleichen ausrufen. Der öffentliche Verkehr ist nicht schlecht. Er hat aber ein erhebliches Ausbau- und Verbesserungspotenzial. Es braucht zusätzliche Gleisbauten. Es braucht attraktivere und zusätzliche Haltestellen. Es braucht Verlängerungen von Tramlinien und so fort. Für all diese massvollen und zweckmässigen Vorhaben braucht es für den öffentlichen Verkehr, wie es im KEF steht, langfristig mindestens eine Einlage von 95 Millionen Franken in den Verkehrsfonds. Darum unterstützen Sie den Minderheitsantrag.

Esther Arnet (SP, Dietikon), Präsidentin der Kommission für Energie, Umwelt und Verkehr (KEVU): Es ist uns allen bewusst, dass wir nun bei einem symbolhaften Teil der Budgetberatung sind, nämlich beim Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Dieser Fonds wird für die Finanzierung der Investitionen im öffentlichen Verkehr benötigt. Toni Püntener hat es bereits erwähnt, es sind der Bahnhof Löwenstrasse, die S33, die dritte Teilergänzung der S-Bahn, die Stadtbahn Glatttal und so weiter, also die grossen Investitionsvorhaben im Bereich des öffentlichen Verkehrs, die über diesen Fonds finanziert werden. Das ist Ihnen selbstverständlich alles bekannt. Da hole ich nicht weiter aus.

Sie haben den Minderheitsantrag Toni Püntener gehört. Er entspricht dem ursprünglichen Antrag des Regierungsrates in seinem Vorschlag vom letzten Jahr für dieses Jahr. Dieser Minderheitsantrag ermöglicht eine Fondsentwicklung mit einer Wende zirka im Jahr 2020. Wenn immer der Betrag von 95 Millionen Franken in den Fonds ein-

gelegt würde, dann würde die Wende in der Fondsverschuldung im Jahr 2020 erreicht. Würden dauerhaft die 70 Millionen Franken eingelegt, wie es der Regierungsrat und die Mehrheit der KEVU beantragen, dann ist die Verschuldung im Jahr 2025 bei 1,3 Milliarden Franken, das heisst sie verzögert sich. Das ist allerdings nur dann der Fall, wenn diese 70 Millionen Franken dauerhaft, also über die nächsten Jahre hinweg, eingelegt würden. Dann gäbe es diese starke Verschuldung.

Die KEVU-Mehrheit beantragt Ihnen gemäss dem Dezemberbrief eine Einlage von insgesamt 70 Millionen Franken in den Fonds zur Förderung des öffentlichen Verkehrs. Sie sagt damit gemeinsam mit der Regierung, dass es in diesem Jahr und vielleicht noch ein zweites Jahr so sein soll. Aber der grundsätzlichen Akzeptanz, dass die höheren Mittel, nämlich in der Grössenordnung dieser 95 Millionen Franken benötigt werden, ist in der Kommission zumindest nicht widersprochen. Sie ist teilweise ausdrücklich anerkannt worden.

Die KEVU-Minderheit sieht zurzeit keine Notsituation und ist daher der Meinung, dass der heutige Anteil der Finanzierung beglichen werden soll und dass dies nicht auf spätere Jahre verschoben werden soll. Die KEVU-Mehrheit empfiehlt Ihnen, dem Antrag des Regierungsrat zuzustimmen und 70 Millionen Franken einzulegen. Die KEVU-Minderheit beantragt Ihnen, das Budget hier um 25 Millionen Franken zu Gunsten des ÖV-Fonds zu verschlechtern.

Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf), Referent der Finanzkommission: Es geht hier um einen Kernpunkt des Voranschlags. Die Finanzkommission hat diesen Posten nicht sehr lange diskutiert, hat sich aber mehrheitlich der KEVU und dem neuen Antrag des Regierungsrates im Dezemberbrief angeschlossen. Ich persönlich gehöre nicht zu dieser Mehrheit.

Die 70 Millionen Franken entsprechen dem gesetzlichen Minimum. Die Mehrheit der Finanzkommission war der Meinung, dass dies eigentlich reicht. Die gestreckte Finanzierung der öffentlichen Verkehrsvorhaben solle grundsätzlich die Vorhaben an sich nicht gefährden, das war auch in der Finanzkommission eine klare Aussage. Es ist aber nicht ganz wegzudiskutieren, dass immerhin die Finanzierung der Stadtbahn gestreckt werden könnte. Das ist zumindest bei einem Teil der Finanzkommissions-Mehrheit als Absicht dahinter. Im Übrigen

entspricht dieser Antrag, den die Regierung im Dezemberbrief eingebracht hat, den Wünschen der «Katzenseegespräche» von SVP und FDP, um das Budget 2002 zu entlasten und als zweiter Grund natürlich wegen der Unzufriedenheit im Bereich der Strassenfinanzierung.

Ich beantrage Ihnen im Namen der Finanzkommissions-Mehrheit, dem Mehrheitsantrag der KEVU und dem Antrag der Regierung zuzustimmen. Für die Medien: Dies entspricht nicht meiner persönlichen Meinung.

Antrag Willy Germann

Konto 2602.3820, Einlage in das Bestandeskonto der Spezialfinanzierung

alt: Fr. - 39'769'000

neu: Fr. - 54'769'000

Verschlechterung: Fr. 15'000'000

Antrag Willy Germann

Konto 2602.4990, Übertragung aus Laufender Rechnung

alt: Fr. 70'000'000

neu: Fr. 85'000'000

Verbesserung: Fr. 15'000'000

Konto 2640, Amt für Verkehr

Antrag Willy Germann

Konto 2640.3990, Übertragung in den Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs

alt: Fr. - 70'000'000

neu: Fr. - 85'000'000

Verschlechterung: Fr. 15'000'000

Willy Germann (CVP, Winterthur): Ich komme mit einem Kompromissantrag der letzten Minute. Ich beantrage Ihnen eine Fondseinlage von 85 Millionen Franken.

Gestern habe ich ausgeführt, dass sich FDP und SP beim Verkehrsfonds bewegen müssen, um das Budget durchzubringen. Es ist bis zu Beginn dieser Sitzung nichts geschehen, auch in Form eines Kom-

promissantrags nichts. Deshalb entstand unmittelbar vor der Sitzung dieser Kompromissantrag. Vielen Dank, Evi Didierjean, dass Sie da bei zwei Zahlen mitgeholfen haben. Es zeigt sich deutlich: Die Fondseinlage in den Verkehrsfonds ist der Faden, an dem der Erfolg des Budgets hängt – eigentlich unglaublich bei einem Budget von rund 11 Milliarden Franken, aber leider wahr. Es stimmt, die SP ist bereit, die Kröte beim Strassenfonds zu schlucken. Das hat sie gestern signalisiert. Dies war in der KEVU noch nicht der Fall. Die SP hat sich also ein bisschen bewegt – deshalb auch der Minderheitsantrag. Die SP wartet nun auf die FDP, die eine ebenso grosse Kröte schlucken soll, und zwar vorgängig der SP-Kröte. Das ist das Problem, denn der Strassenfonds kommt erst in einer Woche zu Sprache. Die Bereitschaft der FDP dazu blieb aus. Es blieb also nur, von aussen nochmals einen Schub in Form einer kleineren Kröte zu probieren. Ich habe gestern mit Dorothee Jaun darüber gesprochen, dass man der FDP auch beim Verkehrsfonds ein bisschen entgegenkommen könnte, ohne dass die Investitionen in den ÖV auch nur im Geringsten beeinträchtigt würden. Dorothee Jaun zeigte sich auffallend offen und flexibel. Heute tönt es ziemlich beleidigt und vorerst ein bisschen militant, allein wegen des kurzfristigen Vorgehens.

Wenn jetzt allenfalls noch kurzfristiger ein neuer Kompromissantrag eingereicht wird, bin ich gerne bereit, meinen Antrag zurückzuziehen. Uns geht es um ein Budget, das genehmigt wird. Wir haben wie übrigens auch die EVP in der KEVU zwei Kröten geschluckt, aber gleichzeitig erklärt, dies stelle kein verkehrspolitisches Signal in irgendeine Richtung dar. Das haben wir gestern schon ausgeführt. Sie werden merken, dass eine einmalige Einlage von bloss 70 Millionen Franken, der vorliegende Kompromiss oder die Einlage von 95 Millionen Franken nichts an der Verkehrspolitik ändern werden, auch nichts am Investitionsprogramm des ÖV. In diese budgetpolitische Retouche ein verkehrspolitisches Signal zu projizieren, wie sich dies die SVP ursprünglich wünschte oder wie Martin Bäumle dies unklugerweise gestern getan hat, ist Unsinn. Die Diskussion um wenige Millionen Franken wäre eigentlich eine Diskussion um des Kaisers Bart, hat sich allerdings in eine Diskussion um des Kaisers Gesicht gewandelt, genauer genommen um zwei Gesichter.

Warum 85 Millionen Franken? Im Budget 2001 betrug bekanntlich die Fondseinlage 88,5 Millionen Franken. Ein Jahr zuvor waren es 70 Millionen Franken. 95 Millionen Franken wie im Septemberbudget des Regierungsrates vorgesehen entsprechen einer mittel- bis langfris-

tigen Fondsplanung. Darnach würde der Fondsbestand bis 2006 auf zirka 300 Millionen Franken ansteigen und dann ohne weitere zusätzliche Einlage schnell abfallen. Bei dieser Fondsplanung ist die neue Etappierung der Glatttalbahn aber noch nicht berücksichtigt – eine Neuetappierung, die im Licht der Wachstumshemmungen beim Flughafen durchaus gerechtfertigt ist. Schon aus diesem Grund wäre eine einmalige, ja wahrscheinlich sogar eine zweimalige Einlage von bloss 85 Millionen Franken ohne jeden Substanzverlust beim ÖV zu verantworten – dies an die Adresse der SP. Auch eine einmalige Einlage von 70 Millionen Franken wäre gemäss Regierung zu verkraften. Dann müsste aber von der FDP das Signal kommen, dass dies wirklich nur einmalig wäre. Dieses Signal müsste auch dann noch Gültigkeit haben, wenn es nächstes Jahr um den Steuerfuss gehen wird. Ja, es müsste auch in der nächsten Amtsperiode noch Gültigkeit haben, sonst ginge es an die Substanz. Zwar sind die Investitionen in den Durchgangsbahnhof oder die S33, die verbindlich an die Beiträge des Bundes geknüpft sind, als gebunden zu erachten, auch wenn theoretisch eine tiefere Fondseinlage gemacht würde. Weitere Investitionen wie zum Beispiel die Glatttalbahn oder Investitionen in die Tramnetzerweiterung Zürich als Vorleistung für die Ansiedlung von neuen Unternehmen oder in die Projekte Bahnperspektiven, S-Bahn-Visionen und so weiter, darunter die Winterthur-Bahn wären gefährdet. Dies geschähe entgegen den Absichtserklärungen aller Parteien, ja sogar der SVP, wie man dem letzten Kantonsratsvotum des ehemaligen Fraktionschefs, Ernst Schibli, mehr oder weniger entnehmen konnte.

Ich bitte also auch die FDP, auf den Kompromiss einzuschwenken, sonst müsste dies letztlich als Signal gegen die Glatttalbahnvorlage, die ohne Änderungen durchkommen sollte, verstanden werden. Ein stures Beharren auf einer Position könnte die Nichtgenehmigung des Budgets provozieren. Das wäre der allergrösste Gesichtsverlust, nicht nur für einzelne Parteien, sondern für den Kanton und den Kantonsrat.

Dorothee Jaun (SP, Fällanden): Mit der Zustimmung zum Minderheitsantrag von 90 Millionen Franken könnten Sie in diesem Rat alles klarstellen. Sie könnten das Budget zusammen mit uns retten, wenn Sie die Kürzung von 25 Millionen Franken beim ÖV-Fonds, welche die Regierung eigentlich auch nicht wollte, dann aber unter dem Druck der bürgerlichen Parteien im Dezemberbrief einstellte, rückgängig machen würden. Dann könnten die Investitionen in den Strassenfonds und die notwendigen Investitionen in den ÖV getätigt wer-

den. Ich habe es gestern schon gesagt und sage es heute noch einmal: Wenn dieser ÖV-Fonds um 25 Millionen Franken wieder aufgestockt wird, dann wird die SP der einmaligen Einlage in den Strassenfonds zustimmen und dann wird es ein Budget geben.

Vielleicht gibt es auch andere Budgets. Ob Sie aber dieses Spiel, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der FDP, mit dem Feuer treiben wollen, das überlasse ich Ihnen.

Natürlich bestehen, auch wenn dieser einmalige Budgetkompromiss geschlossen werden sollte, zwischen FDP und SP grundsätzlich Unterschiede und verschiedene Vorstellungen in Bezug auf die Strassenfinanzierung. Diese unterschiedlichen Vorstellungen werden bestehen bleiben, auch wenn wir punktuell für dieses Budget einen Kompromiss schliessen. Ich schlage vor, dass wir heute für einen Tag mit Bezug auf die Strassenfinanzierung die Streitäxte begraben. Wir können sie morgen wieder ausgraben, weil wir morgen mit Bezug auf die Strassenfinanzierung nicht mehr einig sein werden. Wir könnten aber heute mit einem punktuellen Kompromiss, ohne dass wir in grundsätzlichen Fragen übereinstimmen, das Budget retten.

Es gibt nun den Antrag von Willy Germann, der heute offenbar noch den Superkompromiss erfunden hat und denkt, wenn er meint, die SP würde noch ein paar Schritte machen, dann käme der Kompromiss zu Stande: die Superidee von Willy Germann, der in letzter Minute den Budgetkompromiss rettet. Ich habe eine Fraktion von 45 Leuten. Wir haben dem Kompromiss, den wir vorgeschlagen haben, zugestimmt. Falls nun der Antrag Willy Germann angenommen würde, dann muss meine Fraktion entscheiden, ob sie tatsächlich bei diesem Antrag einem solchen Budget zustimmen würde. Willy Germann, Sie spielen auch mit dem Feuer, obwohl Sie meinen, der Retter des Kompromisses zu sein. Ich versichere Ihnen: Wenn heute einmalig 25 Millionen Franken in den ÖV-Fonds gelegt werden, dann sichern Sie die Finanzierung der wichtigen Vorhaben des öffentlichen Verkehrs – was eine grosse Mehrheit in diesem Rat will. Ein Teil dieser Vorhaben ist sogar beschlossen, einem anderen Teil dieser Vorhaben haben auch Sie, geschätzte FDP-Mitglieder, zugestimmt – und dann können wir in einer Woche mit Sicherheit ein Budget verabschieden. Wenn Sie aber mit dem Feuer spielen wollen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der FDP, dann tun Sie es.

Balz Hösly (FDP, Zürich): Es geht tatsächlich um ein Pièce de Résistance bei diesem Fonds des öffentlichen Verkehrs. Zumindest könnte man das bei einer relativ oberflächlichen Betrachtung meinen.

Der Fonds des öffentlichen Verkehrs wird jetzt zu einer Schicksalsfrage für das ganze Budget emporstilisiert. Esther Arnet hat von Symbolen gesprochen, die hier quasi wie Fahnen aufgezogen werden. Wenn es in dieser Budgetdebatte etwas nicht mehr braucht, dann sind das weitere Symbole und Zeichen.

Ich schicke voraus, dass dieses Budget, wie es der Regierungsrat mit dem Dezemberbrief auf den Tisch gelegt hat, für die FDP bereits ein sehr weit gehender Kompromiss ist. Die FDP-Fraktion hat mit dem Dezemberbrief nach der erstmaligen Rückweisung einiges geschluckt. Sie hat vom Regierungsrat zwei oder drei Anträge in diesem Budget bewilligt erhalten. Der Regierungsrat ist weit davon entfernt, sich unter Druck setzen zu lassen. Er legt das Budget so auf den Tisch, wie es ihm passt. Dieses Budget ist ein Kompromiss, weil wir uns insbesondere im Strassenfonds – hier blicke ich ein bisschen voraus – durchaus auch andere Zahlen hätten vorstellen können als eine Einlage von 25 Millionen Franken. Ich werde mich zum Strassenfonds nicht mehr äussern.

Es ist aber auch klar – das haben Sie in letzter Zeit zur Kenntnis nehmen dürfen –, dass wir durch die Investitionsbremse in der Rezession in einem Zeitpunkt des Aufholens in Bezug auf den Strassenbau sind. Dem wollten wir ursprünglich mit einem wesentlich höheren Betrag in den Strassenfonds Nachachtung verschaffen. Wir haben an 55 oder 70 Millionen Franken gedacht.

Der Kompromiss, der jetzt gefunden worden ist, beträgt 25 Millionen Franken. Dieser Kompromiss ist für uns sehr schwierig mitzutragen. Wir tragen diesen Kompromiss im Strassenfonds mit. Wir sind aber nicht bereit, jetzt hier in Bezug auf den Fonds für öffentlichen Verkehr quasi die Schicksalsfrage für dieses Budget zu stellen. Wir werden dem regierungsrätlichen Antrag des Dezemberbriefs, so wie der Regierungsrat ihn gestellt hat, mit den Mehrheitsanträgen der Finanzkommission und am Schluss einem Budget im Sinne dieses Dezemberbriefes zustimmen.

Wir sind der Meinung – das ist überhaupt nicht an die SVP oder an die SP gerichtet, sondern das richtet sich an alle Mitglieder dieses Rates –, dass jedes Mitglied dieses Rates – Hand aufs Herz – das Budget des Regierungsrates gemäss Dezemberbrief eigentlich gutheissen könnte, umso mehr wenn man jetzt noch sieht, wie sich die Finanzlage präsen-

tiert, die der Finanzdirektor gestern diesem Rat erklärt hat. Die Basarzeiten und auch das Pokern, das wir gestern durchaus noch gespielt haben, das gebe ich zu, weil nämlich ein Angebot an die SVP bestanden hat, dass wir in den Strassenfonds 80 Millionen Franken einlegen würden bei einer bürgerlichen Verabschiedung des Budgets, was von der SVP nicht angenommen worden ist, sind vorbei. Das bedeutet, dass die FDP den Kurs fährt, den ich Ihnen vorgezeigt habe. Wir werden dem Antrag des Regierungsrates gemäss Dezemberbrief zustimmen.

Der Volkswirtschaftsdirektor, seines Zeichens FDP-Regierungsrat, hat mit der Fraktion intensiv über diesen Fonds für öffentlichen Verkehr diskutiert. Es ist absolut nicht so, wie Willy Germann sagt, dass die wichtigen Projekte des öffentlichen Verkehrs mit den 25 Millionen Franken, die dieses Jahr nicht eingelegt werden, leiden würden. Es gibt keine öffentliche verkehrspolitische Einschränkung mit einer Einlage von 70 anstelle von 95 Millionen Franken. Die Finanzierung der Verkehrsinfrastrukturen des Kantons Zürich muss dauerhaft auf eine neue Ebene gestellt werden. Sie sind im Besitz von entsprechenden FDP-Vorstössen.

Ich bitte Sie zur Kenntnis zu nehmen, dass die FDP in diesem Budget nicht mehr weitergehen kann, als sie jetzt gegangen ist. Wir stützen den Antrag des Regierungsrates mit 70 Millionen Franken in den ÖV und mit 25 Millionen Franken in den Strassenverkehr. Das ist der Kompromiss, dem wir am Schluss der Budgetdebatte zustimmen werden.

Peter Stirnemann (SP, Zürich): Nun ist der Schuss draussen. Die SP-Fraktion hat sich in der KEVU klar hinter den Minderheitsantrag von Toni Püntener gestellt. Es ist klar, dass wir dabei bleiben. Wir erachten die 95 Millionen Franken, wie sie im ursprünglichen Voranschlag der Regierung vorgesehen waren, als richtig. Wir haben in der KEVU bei der Diskussion einen Antrag in diese Richtung gestellt, wie ihn Willy Germann jetzt wieder hervorgeholt hat, um die FDP – erfolglos allerdings – zu beschwichtigen. Das haben wir bereits in der KEVU gemacht. Die FDP hat den moderateren Vorschlag, nämlich 85 Millionen Franken hier einzubringen, abgelehnt. Deshalb stehen wir ganz klar hinter den 95 Millionen Franken, wie sie Toni Püntener fordert.

Es ist richtig, dass dies ein Schlüsselantrag ist, und zwar zur finanziellen Sicherung der langfristigen Entwicklung des ÖV-Systems. Es ist aber auch, wie wir gesehen haben, ein Schlüsselantrag für den weiteren Verlauf dieser Budgetberatung.

Seit 1996 ist zumindest in der KEVU und damit wohl im ganzen Kantonsrat bekannt, dass ab dem Jahr 2001 jährlich 95 Millionen Franken in den Verkehrsfonds eingelegt werden müssen, um den langfristigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zu finanzieren. Mit den strategischen Berichten «ZVV-Strategie 2002 bis 2006», mit den S-Bahn-Visionen, mit den Bahnperspektiven für den Wirtschaftsraum Zürich und vor allem auch mit dem KEF bis 2005/2006 wissen wir es ganz genau – in der KEVU haben wir nachgefragt und es uns zeigen lassen –, dass auch mit den 95 Millionen Franken jährlich der Verkehrsfonds im Defizit bleiben wird. Er wird im Jahr 2020 immer noch mehr als 100 Millionen Franken Defizit aufweisen. Es ist etwas, das die nächste Generation dann beschäftigen wird. Daher zeigt sich ganz deutlich, dass ein Bruch, ein Abweichen, eine Verzögerung dieses Finanzierungsmodus gleich zu Beginn nicht nur kopflos und kurzsichtig ist, sondern sträflich, vor allem gegenüber der nächsten Generation. Wenn wir nur 70 Millionen Franken einlegen – es gibt einen Vorstoss der FDP, der fordert, dass künftig immer nur 70 Millionen Franken in den Verkehrsfonds eingelegt werden sollen –, dann gleiten wir ins Bodenlose ab. Bereits im Jahr 2015 hätten wir 600 Millionen Franken Defizit im Verkehrsfonds. Es ist also absolut untragbar. Wir müssen darauf hinweisen, dass die 95 Millionen Franken ab heute zwingend sind. Wir sind ohnehin im Rückstand. Es war vorgesehen, diese 95 Millionen Franken bereits im Jahr 2001 einzulegen. Wir haben im letzten Jahr nur 88,5 Millionen Franken eingelegt. Bereits da begann ein Abbau, obwohl man weiss, welche Mittel langfristig nötig sind. Was steht in den nächsten 15 bis 20 Jahren an? Ich sage es nochmals: die dritte Teilergänzung der S-Bahn, das heisst in den stark belasteten Korridoren 15-Minuten-Takt, möglichst im ganzen Kanton schliesslich 30-Minuten-Takt. Die S33 ist bereits bewilligt. Der Durchgangsbahnhof ist auch bewilligt. Die Wintibahn und die Stadtbahn Glatttal sind vorgesehen. Seit 1993 wird daran gearbeitet und projektiert. Der Beschluss steht unmittelbar bevor. Netzergänzungen auf dem Gebiet der Stadt Zürich zur Erschliessung neuer Stadtteile sind geplant. Der Regierungsrat hat dies im regionalen Richtplan beschlossen und festgesetzt.

Das Volk steht ganz klar hinter einem kontinuierlichen Ausbau, einem zukunftstauglichen Verkehrssystem auf der Basis des ÖV. Vom Auspielen der Verkehrssysteme, dem einen etwas wegnehmen, dafür dem anderen etwas hinschieben, hat das Volk nichts gesagt. Dazu hat das Volk nichts gesagt. Ich habe auch noch nie etwas aus dem Volk gehört. In einigen Köpfen schwirrt so etwas herum. Die 76 Prozent Zustimmung zur S-Bahn und zum PVG (Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr) im Jahre 1988 sowie die über 80-prozentige Zustimmung des Volks zum Durchgangsbahnhof sprechen eine ganz deutliche Sprache. Der ÖV soll kontinuierlich ausgebaut werden. Wir brauchen die 95 Millionen Franken ab sofort, um diese Entwicklung zu sichern.

Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen und dementsprechend den Minderheitsantrag von Toni Püntener zu unterstützen.

Reto Cavegn (FDP, Oberengstringen): Mit der Unterstützung des Regierungsrätlichen Vorschlags reiten wir keine Attacke gegen den öffentlichen Verkehr. Dorothee Jaun, wir haben auch keine Streitäxte zu begraben. Wenn ich jetzt Peter Stirnemann zugehört habe, dann geht es heute Abend um die Zukunft des öffentlichen Verkehrs. Um das geht es definitiv nicht. Wir haben wie die Regierung berücksichtigt, wie der Zeitlauf und der Investitionsbedarf des öffentlichen Verkehrs sind. In der KEVU sind wir detailliert über den Finanzbedarf informiert worden. Wir haben auch eingehend diskutiert, was eine Kürzung von 25 Millionen Franken in diesem Jahr und allenfalls noch eine im Jahr 2003 bedeuten würden. Die Realisierung von allen Projekten ist auch so gesichert.

Toni Püntener, so schlimm wie Sie den öffentlichen Verkehr heute Abend dargestellt haben, ist er wirklich nicht. Sowohl das vom Volk genehmigte Projekt Durchgangsbahnhof wie auch der Mittelverteiler Glattal, der den demokratischen Weg noch vor sich hat, können auch mit der reduzierten Zuweisung realisiert und finanziert werden. Wir sind uns bewusst, dass das Festhalten am gesetzlichen Minimum nicht über Gebühr ausgedehnt werden kann. Spätestens im Jahr 2004 erfordert der Zeitlauf der Projekte eine Aufstockung auf die 95 Millionen Franken. Dazu stehen wir, wenn auch der Mittelverteiler der Glattalbahn die Behandlung in Kommission und Parlament noch zu überstehen hat. Die Kürzung von 25 Millionen Franken liegt im gesetzlichen Rahmen und entspricht der Planung von Regierung und Verwaltung.

Die Regierung hat klar gezeigt, wie sie den Mittelverteiler bauen will. Wir glauben der Regierung, dass es so möglich sein wird. Es gibt also keinen Grund, mehr Mittel als nötig in den ÖV-Fonds einzuschiessen. Deshalb stimmt die FDP dem regierungsrätlichen Kürzungsvorschlag zu.

Kurt Schreiber (EVP, Wädenswil): Gar nichts, 70 oder 95 Millionen Franken in den Fonds zur Förderung der öffentlichen Verkehrs, das ist die Frage, mit der wir heute Abend konfrontiert sind. Heute Abend werden Feuerwehrleute gesucht, welche diese verschiedenen Feuer löschen sollen. Es stehen verschiedenste Projekte zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs an. Wir haben gehört, dass das Volk dem Durchgangsbahnhof mit überwältigender Mehrheit zugestimmt hat. Jetzt kommen aber die anderen Rufe, die klar sagen, es müsse auch bei der Strasse ausgebaut werden. Wenn ich den Krötenreigen fortsetze – hie und da könnte man sich wünschen, man wäre ein Storch oder eine Störchin –, muss ich ganz klar sagen, dass auch ich als Präsident des Vereins zur Förderung des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zürich eine solche Kröte vorgesetzt bekommen habe. Ich persönlich bin geneigt, diese Kröte mit viel Puderzucker zu verspeisen und dem Vorschlag der Regierung zuzustimmen. Weshalb? Wir haben überall her gehört: Wir wollen ein Budget. Wir wollen das Budget retten. Es kommt noch ein persönliches Element dazu, das ich Ihnen nicht vorzuenthalten möchte. Ich arbeite in einer Firma, welche kürzlich eine Aufwandreduktion von 20 Prozent verkündet hat, das heisst es werden Leute ihre Stelle verlieren. Genau dasselbe will eine Mehrheit der SVP mit den linearen Kürzungen tun. Meine Damen und Herren der SP, wenn Sie hart bleiben, werden Sie das auch tun, weil dann eben im Gewerbe und in der Industrie Aufträge aus dem Kanton ausbleiben und erst noch der Fonds zur Förderung des öffentlichen Verkehrs überhaupt nicht alimentiert wird. Wir haben also gar nichts davon. Aus diesem Grund gilt es, für jede und jeden, sich bei der entscheidenden Abstimmung genau zu überlegen, ob es besser ist, 70 Millionen Franken einzulegen und damit die Projekte des öffentlichen Verkehrs nicht zu gefährden. Sie werden damit nicht gefährdet, zum Teil werden sie später realisiert. Das gebe ich der Ehrlichkeit halber zu. Trotzdem kommen wir mit den öffentlichen Verkehrsmitteln vorwärts. Aus diesem Grund empfehle ich Ihnen dringend, zumindest mit einem Teil der EVP-Fraktion diesem Kompromiss zuzustimmen. Ich wäre froh, wenn sich der ganze Rat bereit finden könnte, damit die Kröten-

schluckerei gleichmässig über alle Fraktionen verteilt ist. Ziehen wir doch am gleichen Strick. Ziehen wir in die gleiche Richtung. Dann kommen beide weiter: Schiene und Strasse.

Ernst Brunner (SVP, Illnau-Effretikon): Die Schwarzmalerei von Peter Stirnemann in Sachen Verkehrsfonds hat mich dazu gebracht, auch ein paar Worte zu verlieren. So schwarz, wie er das malt, ist die ganze Angelegenheit natürlich nicht. Die Regierung hat nicht einfach so die 95 Millionen Franken auf den Betrag von 70 Millionen Franken zurückgenommen, wie er im Gesetz vorgeschrieben ist. In der KEVU ist uns vom Volkswirtschaftsdirektor und seinem Finanzverantwortlichen klar aufgezeigt worden, dass diese Sparmöglichkeit, die hier geortet worden ist, absolut tragbar ist. Es besteht kein Grund, schwarz zu malen, wenn wir für dieses Jahr 70 anstelle von 95 Millionen Franken einlegen. Das ist ein verantwortungsvoller Vorschlag der Regierung, wie man sparen kann.

Ich bitte Sie dringend, diesem Sparvorschlag zuzustimmen.

Dorothee Jaun (SP, Fällanden): Es wird nun behauptet, der ÖV brauche diese 25 Millionen Franken nicht. Die Regierung hat aber in ihrem ursprünglichen Budget diese 25 Millionen Franken sehr wohl mit Grund eingesetzt und nur unter dem Druck der Rückweisung des Budgets diese 25 Millionen Franken wieder gestrichen.

Es ist eine eigenartige Vorstellung von Kompromissen, wenn gewisse Parteien meinen, der Kompromiss bedeute, an Ort stehen zu bleiben und zu warten, bis die anderen kommen würden. Es ist im täglichen, persönlichen Leben nicht anders als im politischen Leben. Kompromisse bestehen aus Schritten, welche beide Parteien machen. Kompromisse bestehen nicht darin, dass man seine eigene starre Position als Kompromiss bezeichnet und glaubt, die anderen würden dann schon zu Kreuze kriechen. Wenn Sie, geschätzte FDP, lieber darauf warten, dass gewisse Mitglieder der SVP Ihrem so genannten Kompromiss zustimmen, dann tun Sie es. Das ist die unsichere Variante. Die sichere Variante ist, dass wir Ihnen zusichern, 25 Millionen Franken im ÖV aufzustocken sowie 25 Millionen Franken Einlage in den Strassenfonds. Die Investitionen können getätigt werden. Es gibt ein Budget. Das wäre für diese Budgetdebatte eine tragfähige und gute Lösung.

Peter Stirnemann (SP, Zürich): Ernst Brunner, ich kann nicht umhin, auf Ihre Janusgesichtigkeit hinzuweisen. Sie kommen und sagen, das sei Schwarzmalerei, was ich hier gemacht habe. Sie wissen sehr wohl, dass Sie noch einen S-Bahn-Ausbau im Furttal überwiesen haben. Wenn man diesen seriös macht, würden in den nächsten zehn Jahren sogar 100 Millionen Franken gebraucht, nicht nur 95 Millionen Franken. Das ist wohl an dieser Stelle ganz deutlich nochmals auf den Tisch zu legen. Ich habe damals schon darauf hingewiesen.

Abgesehen von Schwarzmalerei: Es macht nichts, wenn man später anfängt. Wenn man für die Zukunft seriös plant und so im Sinne der Nachhaltigkeit nicht der nächsten Generation einen Haufen Schulden auf den Tisch legen will, muss man frühzeitig und mit entsprechenden und richtigen Portionen die Finanzierung sicherstellen. Darum geht es. Sie wissen ganz genau, von wegen Einmaligkeit: Es ist der Vorstoss von Martin Mossdorf da, der will, dass man über eine lange Zeit nur noch 70 Millionen Franken in den Verkehrsfonds einlegt. Das ist der Anfang, der heute gemacht wird. Der soll fortgesetzt werden. Darum geht es. Das ist zu verhindern. Darum sagen wir ganz deutlich: Ab sofort müssen hier 95 Millionen Franken eingelegt werden. Dann haben wir eine seriöse Finanzierung und Entwicklung des öffentlichen Verkehrs gewährleistet.

Regierungsrat Ruedi Jeker: Wir sind auf der Suche nach einem Voranschlag 2002. Das ist allen klar. Ich möchte hier auch nicht am Symbol der SP rütteln. Ich bin froh, dass sie dieses Symbol hoch hält. Es macht aber zwischendurch auch Sinn, wieder auf die sachliche Ebene zurückzugehen, nicht den Casus Belli zu suchen und hier die Frage zu stellen, ob wir eine zukunftssträchtige Verkehrspolitik im öffentlichen Verkehr haben oder nicht. Um das geht es heute nicht.

Der Regierungsrat hat in dieser Legislatur gezeigt, mit welcher hoher Kadenz er bereit ist, Verkehrsinfrastrukturprojekte des öffentlichen Verkehrs vorzutragen und durchzubringen. An der Glaubwürdigkeit des Regierungsrates in der Stellung zum öffentlichen Verkehr gilt es nicht zu rütteln, auch wenn wir auf der Suche nach einem gültigen Voranschlag 2002 diesen Kompromissvorschlag von 25 Millionen Franken ins Parlament hineinragen. Es ist ganz klar, dass die Verkehrspolitik im öffentlichen Verkehr weitergeht. Die Regierung hat sich klar mit den Projekten, die in Vorbereitung sind, positioniert. Es geht auch darum, dass wir in Zukunft die Mobilität bewältigen können. Dazu gehört, meine Damen und Herren der SP, auch die Strasse.

Sie wissen das so gut wie ich. Aus einer gesamtverkehrlichen Optik heraus reicht es nicht, nur den ÖV in dieser Kadenz zu fördern, sondern wir brauchen auch – sagen wir es aus Ihrer Sichtweise – die Ergänzung und Fertigstellung des Strassennetzes. Darum hat der Regierungsrat in einer einmaligen Aktion die Anschubfinanzierung von 25 Millionen Franken quasi als Symbol eingebracht, um mit diesem Kompromissvorschlag dieses für den Wirtschaftsraum Zürich eminent wichtige, gültige Budget 2002 zu erreichen. Man darf auch mit dieser langfristigen Optik, die jetzt andiskutiert worden ist, nicht die zwingende Notwendigkeit des Jahres 2002 übersehen. Ich habe Verständnis für das Symbol, das Sie sich vorgeben. Halten Sie dieses Symbol hoch, aber bleiben Sie realpolitisch im Alltag und stimmen Sie dem Vorschlag der Regierung, nämlich der Einlage von 25 Millionen Franken in den ÖV-Fonds für dieses Jahr zu und lassen Sie damit die Möglichkeit offen, einen Voranschlag genehmigt zu bekommen.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Toni Püntener, Esther Arnet, Peter Stirnemann, Regula Ziegler und Sabine Ziegler (KEVU) wird dem Antrag Willy Germann gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag Willy Germann mit 92 : 10 Stimmen ab.

Abstimmung (Diese Abstimmung unterliegt der Ausgabenbremse)

Der Minderheitsantrag Toni Püntener, Esther Arnet, Peter Stirnemann, Regula Ziegler und Sabine Ziegler (KEVU) wird dem Antrag der Regierung, der FIKO und der KEVU gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag von Toni Püntener mit 94 : 61 Stimmen ab. Der Budgetbeitrag beläuft sich somit auf 70'00'000 Franken.

Ratspräsident Martin Bornhauser: Damit haben Sie auch den beiden Konti 2602.4990 und 2640.3990 zugestimmt.

Die Beratungen werden unterbrochen.

Schluss der Sitzung: 18.55 Uhr

Es findet eine Abendsitzung mit Beginn um 19.30 Uhr statt.

Zürich, 5. März 2002

Die Protokollführerin:
Barbara Schellenberg

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 8. April 2002.